

Kiel, 05.09.2014

Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein

A. Allgemeine Finanzentwicklung	1
B. Finanzsituation der Kommunen	2
1. Vorbemerkung	2
a) Datenlage	2
b) Kennziffern	4
2. Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen	7
3. Vergleich zur Finanzsituation der Kommunen aller Flächenländer	11
C. Reform des Gemeindehaushaltsrechts	13
D. Zusammenfassung	13
E. Anlagenverzeichnis	16

A. Allgemeine Finanzentwicklung

Ab 2001 hatte sich die Finanzlage aller öffentlichen Haushalte in Deutschland erheblich verschlechtert. Die Entwicklung in den Jahren ab 2001 wurde maßgeblich bestimmt durch

- das Steuersenkungsgesetz 2001, das im Jahre 2005 in vollem Umfang in Kraft getreten ist, sowie
- den Konjunkturreinbruch 2001 und die anschließende Stagnation der Wirtschaft 2002 und 2003 (Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes¹ 2002: 0 % und 2003: - 0,4 %).

In den Jahren 2005 bis 2008 entspannte sich die Finanzsituation der Kommunen etwas, im Wesentlichen beeinflusst durch die

- Senkung der Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2004 (von 114 % in 2003 auf 82 % in 2004 sowie auf 75 % in 2006),
- Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfeleistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 2005,
- Konjunkturerholung ab 2004; Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes¹ 2004 1,2 %, 2005 0,7 %, 2006 3,7 %, 2007 3,3 %, 2008 1,1 %,
- anhaltenden Anstrengungen der Kommunen zur Haushaltskonsolidierung.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.4, Tabellenteil 2.1.1, 2013

Ab 2009 verschlechterte sich die Finanzsituation der Kommunen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % abgenommen und 2010 um 4,0 % zugenommen. 2011 betrug das Wachstum 3,3 %, 2012 0,7 % und 2013 0,4 %¹.

Seit 2012 zeichnet sich wieder eine zunächst leichte Entspannung der Finanzlage der Kommunen ab, im Wesentlichen beeinflusst durch

- die schrittweise vollständige Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund (2012: 45 %, 2013: 75 %, ab 2014: 100 %), welche im Jahr 2011 lediglich zu 15 % erfolgte.
- die ab 2015 vom Bund geplante Entlastung der Kommunen um 1 Mrd. € durch Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten für Unterkunft und Heizung sowie des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, durch die schleswig-holsteinische Gemeinden Mehreinnahmen von ca. 30 Mio. € jährlich erzielen dürften.
- die nach der Steuerschätzung vom Mai 2014 erwartete Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts nach der konjunkturellen Erholung 2010 bis 2012 (2014: 1,8 %, 2015: 2,0 %, 2016 bis 2018: 1,4 %).
- die Intensivierung der Haushaltskonsolidierungsanstrengungen durch die Kommunen bereits ab 2010 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009.
- die Aufstockung der Mittel für Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von 50 Mio. € auf 95 Mio. € ab dem Jahr 2012, davon 15 Mio. € aus zusätzlichen Landesmitteln (Hierzu wird im Einzelnen auf den Vermerk „Konsolidierungshilfe und Finanzlage der Konsolidierungskommunen“ verwiesen, der im Internet unter www.im.schleswig-holstein.de => Kommunales und Sport => Kommunale Finanzen => Konsolidierungshilfe abgerufen werden kann.)
- die Mehreinnahmen des Landes durch den Zensus, an denen die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich ab 2013 beteiligt sind.
- die verstärkte Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige durch Aufstockung der Betriebskostenförderung durch das Land um 15 Mio. € im Jahr 2013, 31,25 Mio. € in 2014 und geplant um 47,5 Mio. € in 2015, 63,75 Mio. € in 2016 und 80 Mio. € ab 2017, so dass ab dem Jahr 2017 vom Bund und vom Land insgesamt rd. 134 Mio. € jährlich (2012 rd. 34 Mio. €) für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen.
- die Anhebung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer von 5 % auf 6,5 % ab 2014, die zu einer entsprechenden Erhöhung der Finanzausgleichsmasse ab 2014 um ca. 15 Mio. € führt.
- die im Rahmen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs geplante Aufstockung der Landesmittel für die Schulsozialarbeit und Hortmittagessen um 13,5 Mio. € auf insgesamt 18,0 Mio. € jährlich (Ausgleich wegfallender Bundesmittel).
- die mögliche Bereitstellung weiterer Mittel in einem Umfang von 11,5 Mio. € für Infrastrukturmaßnahmen. Zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs siehe www.kfa.schleswig-holstein.de.

B. Finanzsituation der Kommunen

1. Vorbemerkung

a) Datenlage

Seit 2007 nimmt die Anzahl der schleswig-holsteinischen Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, kontinuierlich zu (siehe Buchst. C).

Allerdings verläuft die Umstellung nicht völlig reibungslos.

- Bei einer Reihe von Kommunen fehlen aktuelle Jahresabschlüsse,

- die Umstellung auf das neue Rechnungswesen hat viele Kommunen veranlasst, noch vorsichtiger zu planen als früher.

Beides zusammen führt dazu, dass die Finanzlage der Kommunen insgesamt schwierig einzuschätzen ist. Erfreulicherweise ist sie deutlich günstiger, als es die Planzahlen zeigen.

Für 2009 liegen die Ergebnisse für den Kreis Schleswig-Flensburg und bei den Städten mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern für die Stadt Pinneberg noch nicht vor. Für das Jahr 2010 liegen für die der Aufsicht des Innenministeriums unterliegenden Kommunen vielfach nur Planzahlen vor. Auch bei den Gemeinden, die der Aufsicht einer Landrätin oder eines Landrates unterliegen, liegen in den Jahren ab 2008 zum Zeitpunkt der Erhebung (Spätsommer des jeweiligen Folgejahres) in zunehmender Zahl keine Jahresabschlüsse vor. In diesen Fällen werden die entsprechenden Planzahlen für die Betrachtung herangezogen (Anlage 2).

Darüber hinaus werden in der Anlage 2 z. T. freie Finanzspielräume (Haushaltswirtschaft mit kameraler Buchführung) und z. T. Jahresergebnisse (Haushaltswirtschaft mit doppischer Buchführung) aufgeführt. Eine Addition beider Werte führt nicht zu sachgerechten Ergebnissen. Auf den Ausweis der Summen wird für die Jahre 2008 bis 2014 teilweise verzichtet.

Daten für die Ermittlung des freien Finanzspielraums und des Jahresergebnisses lassen sich nicht aus der amtlichen Statistik ermitteln. Die aufgelaufenen Defizite für den kreisangehörigen Bereich (soweit er der Aufsicht einer Landrätin oder eines Landrates unterliegt) sind erstmalig für 2004, vollständig erstmalig für 2006 erfasst worden. Für 2004 und 2005 liegen für den kreisangehörigen Bereich nur die Defizite der Kommunen vor, die beim Innenministerium einen Antrag auf Fehlbetragszuweisungen gestellt haben.

Von dem Ausweis aufgelaufener Defizite für 2013 wird abgesehen. Für das Jahr 2012 erfolgt kein Ausweis der Summe der aufgelaufenen Defizite, da noch nicht ausreichend Jahresabschlüsse vorliegen. Für 2010 und 2011 liegen vielfach nur Planzahlen vor, sodass in der Summe für diese Jahre überhöhte aufgelaufene Defizite ausgewiesen werden. Aus diesem Grunde sind auch die Angaben für kreisangehörige Gemeinden ohne Städte über 20.000 Einwohner ab dem Jahr 2008 zunehmend überhöht, und zwar sowohl die Höhe der aufgelaufenen Defizite als auch die Zahl der Gemeinden mit aufgelaufenen Defiziten.

Die Kennziffern Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme stehen nur für die Kommunen zur Verfügung, die einen doppischen Jahresabschluss erstellt haben. In der Anlage 3 werden diese Kennziffern nur für die Kommunen, die der Aufsicht des Innenministeriums unterstehen, und die fünf kreisangehörigen Konsolidierungsgemeinden dargestellt, da sich diese Kennziffern nicht aus der amtlichen Statistik herleiten lassen und den Jahresabschlüssen der Kommunen entnommen werden müssen. Die Darstellung beginnt mit dem Jahr 2009, da erst seit jenem Jahr eine signifikante Zahl der o. g. Kommunen die Doppik anwendet.

Daten zu Kassenkrediten und Schulden der Kernhaushalte, zu Kassenkrediten und Schulden einschließlich Extrahaushalte, zum Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte, zu Einnahmen und Ausgaben, zum Finanzierungssaldo, zu Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen sowie zum Realsteuervergleich werden aus der amtlichen Statistik ermittelt.

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat auf Grundlage der Erhebungsmethodik des Stat. Bundesamtes (Fachserie 14, Reihe 2) die Angaben der Kassenstatistik zu den Einnahmen und Ausgaben für Schleswig-Holstein der Jahre 2007 bis 2009 aktualisiert. Die Aktualisierung erfolgte, da es zu Beginn der Einführung der Doppik in nicht unerheblichem Maße zu Fehlbuchungen kam. Ab 2011 ist eine systematische Änderung der statistischen Erhebung erfolgt. Seitdem werden die Extrahaushalte mit erfasst. Auf dieser Änderung beruht zum Teil der Zuwachs der Einnahmen und Ausgaben 2011 gegenüber 2010.

Darüber hinaus sind die übermittelten Daten zu Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen für die schleswig-holsteinischen Kommunen für die Jahre 2004 bis 2007 zu niedrig dargestellt. Hintergrund ist die unvollständige Bereitstellung der entsprechenden Daten insbesondere einer großen Stadt.

b) Kennziffern

Die Darstellung der Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein erfolgt mit Hilfe der Kennziffern

- freier Finanzspielraum, Jahresergebnis,
- aufgelaufene Defizite,
- Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme,
- Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte,
- Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte einschl. Extrahaushalte,
- Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte,
- bereinigte Einnahmen und Ausgaben der Kernhaushalte sowie ab 2011 einschließlich Extrahaushalte,
- Finanzierungssaldo der Kernhaushalte sowie ab 2011 einschließlich Extrahaushalte und
- Realsteuerhebesätze.

Der freie Finanzspielraum stellt den Teil der Zuführung zum Vermögenshaushalt dar, der für die Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Damit wird deutlich, dass der freie Finanzspielraum nur für Kommunen Anwendung findet, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der kameralen Buchführung führen. Ist der freie Finanzspielraum negativ, wird dargestellt, in welchem Umfang die laufenden Ausgaben des Verwaltungshaushalts und der Pflichtzuführungen nicht mehr durch laufende Einnahmen gedeckt sind. Der freie Finanzspielraum wird aus dem Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt ermittelt. Der Zuführungsbetrag muss dabei mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten einschl. der Kreditbeschaffungskosten sowie der Ansammlung der pflichtigen Rücklagen erwirtschaftet werden. Der freie Finanzspielraum lässt sich nicht aus der amtlichen Statistik ermitteln, so dass es hier keine Vergleiche zu anderen Ländern gibt.

Ist der freie Finanzspielraum negativ, wird ein Defizit erwirtschaftet. Ein Defizit ist spätestens im übernächsten Jahr erneut im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen, auch wenn dadurch erneut ein Defizit erwirtschaftet wird oder ein schon vorhandenes Defizit sich weiter erhöht. Das aufgelaufene Defizit besteht daher aus der Summe der negativen freien Finanzspielräume (Defizite) der beiden Vorjahre und gibt an, in welcher Höhe in den Vorjahren Defizite erwirtschaftet worden sind, die nicht durch Überschüsse ausgeglichen werden konnten. Bei Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft auf die Doppik umgestellt haben, ergibt sich das aufgelaufene Defizit aus dem aufgelaufenen Defizit zum Ende des Jahres vor der Umstellung auf die Doppik zuzüglich der nach der Umstellung auf die Doppik erwirtschafteten Jahresfehlbeträge und abzüglich der erwirtschafteten Jahresüberschüsse in der Ergebnisrechnung.

Das Eigenkapital einer Kommune besteht aus den Bilanzpositionen Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage, Ergebnissrücklage, vorgetragener Jahresfehlbetrag und Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (§ 48 GemHVO-Doppik). Die Entwicklung des Eigenkapitals zeigt, ob es der Kommune gelingt, ihr Nettovermögen zu erhöhen. Ziel der Kommune muss es sein, ihr Eigenkapital stetig zu erhöhen, da sowohl durch die Preissteigerung als auch durch erhöhte Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft an die öffentliche Infrastruktur ein stetig sich erhöhendes Anlagevermögen der Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Nur wenn das Eigenkapital ebenfalls entsprechend zunimmt, kann das Verhältnis der Finanzierung des Vermögens der Kommune durch Eigenkapital und Fremdkapital gewahrt werden. Die Entwicklung des Anteils des Eigenkapitals an der Bilanzsumme im Laufe der Jahre zeigt, ob dies der Kommune gelungen ist.

In Zeiten, in denen einige Kommunen ihren Verwaltungshaushalt / ihre Ergebnissrechnung nicht ausgleichen können, bietet die Kennziffer Kassenkredite ein Indiz für die Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge. Im Übrigen stellen die Kassenkredite auch eine Verschuldung der Kommunen dar. Zusammen mit den Schulden am Kreditmarkt ergibt sich damit ein Überblick über die Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte.

Durch Artikel 2 des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes vom 30. Dezember 2011 (GVOBl. Schl.-H. 2012, S. 74) ist den Kommunen ermöglicht worden, Kredite zur Ablösung von Kassenkrediten bis zur Höhe des Bestandes an Kassenkrediten zum 31. Dezember 2011 aufzunehmen, wenn sie eine entsprechende Festsetzung in ihrer Haushaltssatzung 2012 aufnehmen. Die Ablösung konnte in dem Zeitraum vom 01. Januar 2012 bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 erfolgen. Von dieser Möglichkeit hat u. a. eine kreisfreie Stadt in einem Umfang von 165 Mio. € Gebrauch gemacht. Dadurch besteht der Zusammenhang der Höhe der Kassenkredite zur Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge ab 2012 nicht mehr. Der Aussagewert der Kennziffer Kassenkredite ist reduziert. Die Betrachtung der Verschuldung der Kernhaushalte der Kommunen muss ab dem Jahr 2012 vorrangig auf die Gesamtverschuldung der kommunalen Haushalte durch Kreditmarktschulden und Kassenkredite abgestellt werden.

Durch Ausgliederung kommunaler Einrichtungen werden Schulden vielfach nicht mehr in den Kernhaushalten der Kommunen, sondern in Extrahaushalten und bei sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nachgewiesen.

Die Extrahaushalte bilden nach dem Schalenkonzept der Finanzstatistik zusammen mit den Kernhaushalten den „öffentlichen Gesamthaushalt“. Sie sind definiert als

- institutionelle Einheiten (Merkmal: Entscheidungsfreiheit und vollständiges Rechnungswesen),
- die von Kommunen kontrolliert werden (mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte) und
- bei denen es sich um Nichtmarktproduzenten (nicht mehr als 50 % der Produktionskosten werden durch Umsätze gedeckt) oder Hilfsbetriebe (erwirtschaften ihre Umsätze größtenteils mit dem öffentlichen Bereich) handelt.

Nicht zu den Extrahaushalten zählen z.B. überwiegend Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen (Marktproduzenten).

Die Kennziffer der „Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte einschl. Extrahaushalte“ gibt ein umfassenderes Bild über die Schulden der Kommunen, als es die begrenzte Betrachtung der Kernhaushalte erlaubt.

Die Statistischen Ämter der Länder haben mit der Gemeinschaftsveröffentlichung „Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ vom 1. August 2014 erstmals Daten zur Verschuldung der Kommunen vorgelegt, die neben den Kern- und Extrahaushalten auch die Schulden der sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen umfassen. Nach dem Schalenkonzept der Finanzstatistik bilden die Kernhaushalte, Extrahaushalte sowie die sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zusammen den „öffentlichen Bereich“. Da es sich bei dieser Veröffentlichung zunächst um eine einmalige Darstellung der Verschuldung zum 31. Dezember 2012 handelt, die Daten nicht in allen Bundesländern vollständig valide sind und die Abgrenzung der Schulden von der anderer Veröffentlichungen teilweise abweicht (z.B. werden Schulden beim öffentlichen Bereich hier nicht dargestellt), wurde von einer Berücksichtigung dieser Veröffentlichung abgesehen.

Für die schleswig-holsteinischen Kommunen wird ferner die Höhe der Pensionsrückstellungen angegeben. Die Pensionsrückstellungen zeigen auf, welche Belastungen aus bereits erworbenen Pensionsansprüchen sich in zukünftigen Jahren realisieren werden.

Das Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich derer Extrahaushalte umfasst Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und Finanzderivate, Ausleihungen, Anteilsrechte sowie sonstige Forderungen.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit enthält die Finanzstatistik Angaben zu den bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Diese Angaben sind insofern für die Kommunen bereinigt, als sie Zahlungen von gleicher Ebene wie kalkulatorische Abschreibungen, kalkulatorische Zinsen, innere Verrechnungen und Zuführungen an bzw. vom Vermögenshaushalt, die sich innerhalb des Haushalts einer Kommune vollziehen, ebenso nicht enthalten wie die Zahlungen zwischen Kommunen wie Kreisumlage und Amtsumlage. Darüber hinaus bleiben bei den bereinigten Einnahmen und Ausgaben die so genannten besonderen Finanzierungsvorgänge wie Kreditaufnahmen am Kreditmarkt und Tilgungen am Kreditmarkt sowie Zuführungen an und Entnahmen aus Rücklagen und Deckung von Vorjahresfehlbeträgen unberücksichtigt. Dagegen wird die Höhe der bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Zeitablauf beeinflusst durch Verkaufserlöse, Schwankungen bei den Investitionsausgaben sowie, insbesondere bis einschließlich 2010 (s. Seite 3), durch Ausgliederungen (Überführung von Aufgabenbereichen aus dem Haushalt in Eigenbetriebe, andere Sondervermögen, Gesellschaften und Kommunalunternehmen nach § 106 a Gemeindeordnung). Die bereinigten Einnahmen und Ausgaben bilden die Grundlage für die Ermittlung des Finanzierungssaldos.

Der Finanzierungssaldo ist der Unterschiedsbetrag zwischen den bereinigten Einnahmen und den bereinigten Ausgaben. Ein negativer Saldo gibt den Betrag an, der zum Ausgleich der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (durch Nettokreditaufnahmen am Kreditmarkt, durch Nettokassenkreditaufnahmen und durch Nettorücklagenentnahmen) aufgewendet werden muss. Ein positiver Saldo weist hingegen den Betrag aus, der für Nettoschuldentilgung am Kreditmarkt, für Nettokassenkreditrückführungen und für Nettozuführungen an Rücklagen eingesetzt wird. Bei einer vergleichenden Betrachtung des Finanzierungssaldos im Zeitablauf oder der Gemeinden verschiedener Länder muss also beachtet werden, dass der Finanzierungssaldo ganz wesentlich von der Höhe der Investitionsausgaben und der Höhe der Erlöse aus Veräußerungen von Vermögen bestimmt sein kann. So ist beispielsweise der hohe positive Finanzierungssaldo der Gemeinden des Freistaates Sachsen im

Jahr 2006 auf die Veräußerung einer Wohnungsbaugesellschaft durch die Stadt Dresden zurück zu führen.

Ab 2011 werden die bereinigten Einnahmen und Ausgaben sowie der Finanzierungssaldo für die Kernhaushalte einschließlich der Extrahaushalte ausgewiesen.

Der Realsteuervergleich ermöglicht auf Basis gewogener Durchschnittshebesätze für Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer einen Vergleich mit Kommunen anderer Flächenländer. Diese Vergleiche geben einen Grad für die Ausschöpfung von Gestaltungsmöglichkeiten bei den Realsteuerhebesätzen durch die schleswig-holsteinischen Kommunen im Vergleich zu den Kommunen anderer Flächenländer an und zeigen ggf. denkbare Entlastungspotenziale für die Finanzsituation der Kommunen auf.

2. Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen

Die Entwicklung der aufgelaufenen Defizite und freien Finanzspielräume bzw. Jahresergebnisse werden aus Anlage 2 deutlich.

<u>Jahr</u>	<u>aufgelaufenes Defizit</u>
2004	476,8 Mio. € ²
2005	566,2 Mio. € ²
2006	601,0 Mio. €
2007	599,5 Mio. €
2008	525,1 Mio. €
2009 ca.	640,0 Mio. €
2010 ca.	825,0 Mio. €
2011 ca.	1.050,0 Mio. €

Nach den Daten für 2012, wobei es sich zu einem überwiegenden Teil noch um Planzahlen handelt, ist für 2012 mit einem Anstieg der aufgelaufenen Defizite von rd. 1.050 Mio. € in 2011 auf rd. 1.504 Mio. € zu rechnen; die später vorliegenden Ist-Zahlen fallen regelmäßig etwas günstiger aus. Es ist zu erwarten, dass die Ist-Zahl für die bis Ende 2012 aufgelaufenen Defizite in einer Größenordnung von 1.200 Mio. € liegen dürfte.

Nach den derzeit vorliegenden Daten ergibt sich für 2012 folgendes Bild:

- Bei den Kreisen steigen die aufgelaufenen Defizite von rd. 195 Mio. € um rd. 55 Mio. € auf rd. 250 Mio. €; nur der Kreis Stormarn weist kein aufgelaufenes Defizit aus.
- Bei den kreisfreien Städten ergibt sich ein Anstieg der aufgelaufenen Defizite von rd. 705 Mio. € um rd. 175 Mio. € auf rd. 880 Mio. €; alle vier kreisfreien Städte weisen ein aufgelaufenes Defizit aus.
- Bei den Mittelstädten ergibt sich ein Anstieg der aufgelaufenen Defizite von rd. 105 Mio. € um rd. 30 Mio. € auf rd. 135 Mio. €; 12 der 16 Mittelstädte weisen ein aufgelaufenes Defizit aus.

² ohne kreisangehörige Gemeinden, die keinen Antrag auf Fehlbetragszuweisungen beim Innenministerium gestellt haben

- Bei den 5 Konsolidierungsgemeinden unter 20.000 Ew. ergibt sich ein Anstieg der aufgelaufenen Defizite von rd. 60 Mio. € um rd. 15 Mio. € auf rd. 75 Mio. €
- Bei den übrigen kreisangehörigen Gemeinden ergibt sich ein Anstieg der aufgelaufenen Defizite von rd. 118 Mio. € um rd. 47 Mio. € auf rd. 165 Mio. €; 44 der 1.091 übrigen kreisangehörigen Gemeinden haben für 2012 Fehlbetragszuweisungen erhalten.

Insgesamt wird deutlich, dass sich die Finanzprobleme bei den kreisfreien Städten konzentrieren.

Die Eigenkapitalausstattung ist in Anlage 3 dargestellt. Auch wenn aufgrund fehlender Jahresabschlüsse Angaben zur Eigenkapitalausstattung vielfach nicht gemacht werden können, wird deutlich, dass die Eigenkapitalausstattung der Kommunen sehr heterogen ist.

Ein weiterer Indikator für die Entwicklung der Finanzlage der Kommunen sind die Kassenkredite. Sie haben sich wie folgt entwickelt (Anlage 4):

2001	48 Mio. €	17 €/Ew.	2011	774 Mio. €	273 €/Ew.
2002	96 Mio. €	34 €/Ew.	2012	916 Mio. €	327 €/Ew.
2003	267 Mio. €	94 €/Ew.	2013	760 Mio. €	271 €/Ew.
2004	436 Mio. €	154 €/Ew.			
2005	550 Mio. €	194 €/Ew.			
2006	521 Mio. €	184 €/Ew.			
2007	496 Mio. €	175 €/Ew.			
2008	447 Mio. €	158 €/Ew.			
2009	519 Mio. €	183 €/Ew.			
2010	654 Mio. €	231 €/Ew.			

Die Schulden der Kernhaushalte der Kommunen haben sich wie folgt entwickelt (Anlage 5):

2001	2.784 Mio. €	996 €/Ew.	2011	2.913 Mio. €	1.027 €/Ew.
2002	2.731 Mio. €	972 €/Ew.	2012	2.939 Mio. €	1.048 €/Ew.
2003	2.763 Mio. €	981 €/Ew.	2013	3.154 Mio. €	1.123 €/Ew.
2004	2.787 Mio. €	986 €/Ew.			
2005	2.814 Mio. €	995 €/Ew.			
2006	2.822 Mio. €	997 €/Ew.			
2007	2.710 Mio. €	956 €/Ew.			
2008	2.558 Mio. €	902 €/Ew.			
2009	2.632 Mio. €	930 €/Ew.			
2010	2.816 Mio. €	995 €/Ew.			

Ursächlich für den Rückgang bis 2008 sind Ausgliederungen. Die Zunahme der Schulden im Jahre 2009 ist vor allem auf die Zunahme der Schulden eines Kreises im Zusammenhang mit einem Krankenhaus zurückzuführen. Der deutliche Anstieg 2010 steht im Zusammenhang mit der Unterstützung der staatlichen Konjunkturpolitik einschließlich der Umsetzung des Konjunkturprogramms, während der überproportionale Anstieg 2013 durch die Umwandlung von Kassenkrediten in Kredite insbesondere einer kreisfreien Stadt begründet ist.

Eine Betrachtung der Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kassenkredite und Schulden zeigt folgendes Bild (Anlage 6):

2001	2.832	Mio. €	1.013	€/Ew.	2011	3.687	Mio. €	1.300	€/Ew.
2002	2.827	Mio. €	1.006	€/Ew.	2012	3.855	Mio. €	1.375	€/Ew.
2003	3.030	Mio. €	1.075	€/Ew.	2013	3.914	Mio. €	1.394	€/Ew.
2004	3.223	Mio. €	1.140	€/Ew.					
2005	3.364	Mio. €	1.189	€/Ew.					
2006	3.343	Mio. €	1.181	€/Ew.					
2007	3.206	Mio. €	1.131	€/Ew.					
2008	3.005	Mio. €	1.060	€/Ew.					
2009	3.151	Mio. €	1.113	€/Ew.					
2010	3.470	Mio. €	1.225	€/Ew.					

Im Jahr 2010 hat die Gesamtverschuldung je Ew. der kommunalen Kernhaushalte infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Unterstützung der staatlichen Konjunkturpolitik stark zugenommen. In den Jahren 2011 und 2012 ist ein geringerer, aber immer noch deutlicher Anstieg um jeweils rd. 6 % zu verzeichnen. Dagegen beträgt der Anstieg im Jahr 2013 nur noch rd. 1,4 %.

Die umfassendere Darstellung der Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kassenkredite und Schulden einschl. Extrahaushalte -Daten liegen hierüber erst ab dem Jahr 2010 vor - weist folgende Werte aus (Anlage 7):

2010	3.715	Mio. €	1.312	€/Ew.
2011	4.169	Mio. €	1.469	€/Ew.
2012	4.347	Mio. €	1.550	€/Ew.
2013	4.414	Mio. €	1.572	€/Ew.

Der Anstieg der Gesamtverschuldung einschließlich Extrahaushalte je Ew. hat sich von rd. 6 % im Jahr 2012 auf rd. 1,5 % im Jahr 2013 deutlich verringert.

Pensionsrückstellungen

2010	2.049	Mio. €	724	€/Ew.
2011	2.120	Mio. €	747	€/Ew.
2012	2.138	Mio. €	763	€/Ew.
2013	2.198	Mio. €	783	€/Ew.

Statistische Auswertungen über das Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte (Anlage 8) liegen ab dem Jahr 2010 vor. Es werden folgende Beträge ausgewiesen:

2010	3.081	Mio. €	1.087	€/Ew.
2011	3.287	Mio. €	1.158	€/Ew.
2012	3.523	Mio. €	1.255	€/Ew.
2013	3.657	Mio. €	1.302	€/Ew.

Das Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte je Ew. ist im Jahr 2013 um rd. 4 % gestiegen.

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt haben sich wie folgt entwickelt (*Anl. 10*):

2001	4.959	Mio. €	1.774	€/Ew.	2011	6.739	Mio. €	2.378	€/Ew. ³
2002	4.878	Mio. €	1.736	€/Ew.	2012	6.768	Mio. €	2.389	€/Ew.
2003	4.926	Mio. €	1.749	€/Ew.	2013	7.060	Mio. €	2.514	€/Ew.
2004	4.798	Mio. €	1.698	€/Ew.					
2005	5.164	Mio. €	1.825	€/Ew.					
2006	5.355	Mio. €	1.891	€/Ew.					
2007	5.799	Mio. €	2.046	€/Ew. ⁴					
2008	6.011	Mio. €	2.120	€/Ew. ⁴					
2009	5.932	Mio. €	2.096	€/Ew. ⁴					
2010	6.039	Mio. €	2.133	€/Ew.					

Unter Schwankungen haben sich die Einnahmen bis 2004 rückläufig entwickelt; ab dem Jahr 2005 haben die Kommunen einen Anstieg der Einnahmen verzeichnen können. 2009 haben die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen; für 2010 ergibt sich wieder ein moderater, für 2011 ein deutlicher Zuwachs³, der nach einer Abschwächung im Jahr 2012 im Jahr 2013 wieder anzieht.

Die Ausgaben der Kommunen insgesamt haben sich wie folgt entwickelt (*Anl. 10*):

2001	4.753	Mio. €	1.701	€/Ew.	2011	6.851	Mio. €	2.418	€/Ew. ³
2002	4.971	Mio. €	1.769	€/Ew.	2012	6.967	Mio. €	2.459	€/Ew.
2003	5.099	Mio. €	1.810	€/Ew.	2013	7.167	Mio. €	2.552	€/Ew.
2004	5.120	Mio. €	1.812	€/Ew.					
2005	5.365	Mio. €	1.896	€/Ew.					
2006	5.346	Mio. €	1.888	€/Ew.					
2007	5.784	Mio. €	2.040	€/Ew. ⁴					
2008	6.396	Mio. €	2.256	€/Ew. ⁴					
2009	6.368	Mio. €	2.250	€/Ew. ⁴					
2010	6.362	Mio. €	2.247	€/Ew.					

Die Ausgaben der Kommunen haben mit Ausnahme der Jahre 2006, 2009 und 2010 zugenommen.

³ Ab dem Jahr 2011 werden Extrahaushalte mit erfasst. Zum Vergleich sind für das Jahr 2011 die Werte nach der bisherigen Statistik (nur Kernhaushalte) nachrichtlich aufgeführt.

	Bereinigte Einnahmen		Bereinigte Ausgaben		Finanzierungssaldo	
	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.
2011	6.414	2.262	6.518	2.299	-104	-37

⁴ Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat auf Grundlage der Erhebungsmethodik des Stat. Bundesamtes (Fachserie 14, Reihe 2) die Angaben für Schleswig-Holstein aktualisiert. Danach ergeben sich folgende Werte für die Jahre

	Bereinigte Einnahmen		Bereinigte Ausgaben		Finanzierungssaldo	
	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.
2007	5.799	2.046	5.644	1.991	155	55
2008	6.045	2.132	6.123	2.160	-79	-28
2009	5.831	2.060	6.310	2.229	-479	-169

Der Finanzierungssaldo der Kommunen insgesamt hat sich wie folgt entwickelt
(Anlage 11):

2001	205 Mio. €	73 €/Ew.	2011	-112 Mio. €	-40 €/Ew. ³
2002	-93 Mio. €	-33 €/Ew.	2012	-199 Mio. €	-70 €/Ew.
2003	-173 Mio. €	-61 €/Ew.	2013	-107 Mio. €	-38 €/Ew.
2004	-322 Mio. €	-114 €/Ew.			
2005	-200 Mio. €	-71 €/Ew.			
2006	9 Mio. €	3 €/Ew.			
2007	15 Mio. €	5 €/Ew. ⁴			
2008	-384 Mio. €	-135 €/Ew. ⁴			
2009	-436 Mio. €	-154 €/Ew. ⁴			
2010	-323 Mio. €	-114 €/Ew.			

Während der Finanzierungssaldo der schleswig-holsteinischen Kommunen im Jahr 2001 positiv war, waren von 2002 bis 2005 negative Finanzierungssalden zu verzeichnen. Im Jahr 2006 war der Finanzierungssaldo erstmals wieder positiv und hat sich im Jahr 2007 weiter verbessert. Ab 2008 ist der Finanzierungssaldo wieder negativ.

Der Vergleich der Durchschnittshebesätze der schleswig-holsteinischen Kommunen bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer zu den Kommunen der anderen Flächenländer zeigt, dass die gewogenen Durchschnittshebesätze der Realsteuern bei den schleswig-holsteinischen Kommunen unter denen aller Flächenländer liegen (Anlage 12).

3. Vergleich zur Finanzsituation der Kommunen aller Flächenländer

Die Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen ist im Vergleich zu den Kommunen aller Flächenländer gekennzeichnet durch:

- geringere Kassenkredite der Kernhaushalte je Ew.;

Die Kassenkredite der schleswig-holsteinischen Kommunen betrugen Ende 2013 271 €/Ew. (2012: 327 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 650 €/Ew. (2012: 642 €/Ew.) (Anlage 4).

- höhere Schulden der Kernhaushalte je Ew.;

Die Schulden der schleswig-holsteinischen Kommunen betrugen Ende 2013 1.123 €/Ew. (2012: 1.048 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 1.089 €/Ew. (2012: 1.105 €/Ew.) (Anlage 5).

- eine geringere Gesamtverschuldung der Kernhaushalte je Ew.;

Die Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kassenkredite und Schulden betrug Ende 2013 1.394 €/Ew. (2012: 1.375 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 1.738 €/Ew. (2012: 1.747 €/Ew.) (Anlage 6).

- eine geringere Gesamtverschuldung der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte je Ew.;

Die Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kassenkredite und Schulden einschließlich Extrahaushalte betrug Ende 2013 1.572 €/Ew. (2012: 1.550 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 1.904 €/Ew. (2012: 1.903 €/Ew.) (Anlage 7)

- ein geringeres Finanzvermögen einschl. Extrahaushalte je Ew.;

Das Finanzvermögen der kommunalen Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte betrug Ende 2012 1.302 €/Ew. (2012: 1.225 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 2.403 €/Ew. (2012: 2.314 €/Ew.) (Anlage 8)

- eine geringere Bürgschaftssumme je Ew.;

Die Bürgschaftssumme der schleswig-holsteinischen Kommunen betrug Ende 2013 172 €/Ew. (2012: 151 €/Ew.) bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 393 €/Ew. (2012: 377 €/Ew.) (Anlage 9).

- geringere bereinigte Einnahmen je Ew.;

Die bereinigten Einnahmen der schleswig-holsteinischen Kommunen betrugen im Jahr 2013 2.514 €/Ew. (2012: 2.389 €/Ew.), bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 2.859 €/Ew. (2012: 2.710 €/Ew.) (Anlage 10).

- geringere bereinigte Ausgaben je Ew.;

Die bereinigten Ausgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen betrugen im Jahre 2013 2.552 €/Ew. (2012: 2.459 €/Ew.), bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 2.844 €/Ew. (2012: 2.697 €/Ew.) (Anlage 10).

- einen geringeren Finanzierungssaldo je Ew.;

Der Finanzierungssaldo der schleswig-holsteinischen Kommunen betrug im Jahr 2013 -38 €/Ew. (2012: -70 €/Ew.), bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 15 €/Ew. (2012: 12 €/Ew.). Bei der Bewertung der Kennziffer Finanzierungssaldo ist zu berücksichtigen, dass sie ganz wesentlich von der Höhe der Investitionsausgaben und der Höhe der Erlöse aus Veräußerungen von Vermögen bestimmt sein kann (Anlage 11).

- einen geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Grundsteuer A;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahre 2012 auf 297 % (2011: 294 %). Der gewogene Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer belief sich im Jahr 2012 auf 312 % (2011: 307 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1,1 Mio. € (2011: 0,9 Mio. €) ergeben (Anlage 12).

- einen geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Grundsteuer B;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahr 2012 auf 359 % (2011: 355 %). Der gewogene Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer belief sich im Jahr 2012 auf 406 % (2011: 398 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 48,6 Mio. € (2011: 44,1 Mio. €) ergeben (Anlage 12).

- einen geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Gewerbesteuer;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahr 2012 auf 358 % (2011: 356 %). Der gewogene Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer belief sich im Jahr 2012 auf 389 % (2011: 388 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 73,4 Mio. € (2011: 76,2 Mio. €) ergeben (Anlage 12).

C. Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Seit 1994 ist das kamerale Haushaltsrecht in Schleswig-Holstein wiederholt durch die verstärkte Berücksichtigung von Abschreibungen und die Einführung von Sonderrücklagen (u. a. für Pensionsverpflichtungen) zur Darstellung des Ressourcenverbrauchs fortentwickelt worden. Die Umwandlung der Abschreibungsrücklage von einer Sollrücklage in eine Mussrücklage zum Haushaltsjahr 2005 hat sich mindernd auf den freien Finanzspielraum und ggf. erhöhend auf die aufgelaufenen Defizite ausgewirkt. In einem weiteren Schritt sind zum Haushaltsjahr 2008 die bisherigen Sollrücklagen Finanzausgleichs-, Altersteilzeit-, Altlasten-, Steuer- und Verfahrensrücklage in Mussrücklagen umgewandelt worden. Den Kommunen in Schleswig-Holstein ist ab 2007 die Umstellung ihrer Haushalte auf eine Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung ermöglicht worden.

Von den 31 Kommunen (11 Kreise, 4 kreisfreie Städten und 16 kreisangehörigen Städten über 20.000 Einwohner), die der Aufsicht des Innenministeriums unterstehen, haben lediglich die Städte Flensburg und Rendsburg noch nicht auf die Doppik umgestellt. Insgesamt wenden im Jahr 2014 722 Kommunen von 1.110 Gemeinden (2012: 1116), 85 Ämtern und 11 Kreisen die Doppik an (2013: 649, 2012: 544, 2011: 389, 2010: 200; 2009: 59; 2008: 21; 2007: 7). Auf die 649 Kommunen, die 2013 die Doppik angewendet haben, entfielen dabei rd. 81 % der Personalkosten und rd. 79 % der laufenden Sachausgaben. Aus diesen Angaben wird deutlich, dass die größeren Kommunen - erwartungsgemäß - bei der Umstellung auf die Doppik vorangegangen sind.

Von den Zweckverbänden, die der Finanzaufsicht des Innenministeriums unterliegen, haben 14 auf die GemHVO-Doppik umgestellt. Noch wenden 6 Zweckverbände die GemHVO-Kameral und 12 Zweckverbände die Vorschriften der EigVO an.

D. Zusammenfassung

Die Finanzlage der Kommunen in Schleswig-Holstein, die sich in den Jahren 2005 bis 2008 etwas entspannt hatte, verschlechterte sich in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2009 wieder.

Die Finanzlage der Kommunen ist Ende 2011 gekennzeichnet durch:

- einen Anstieg der aufgelaufenen Defizite auf rechnerisch rd. 1.182 Mio. € (Vorjahr 900 Mio. €), wobei es sich zu einem erheblichen Teil noch um Plandaten handelt, (die späteren Ist-Daten werden deutlich günstiger ausfallen und dürften 2010 ca. 825 Mio. € betragen und 2011 in einer Größenordnung von 1.050 Mio. € liegen),
- der Zahl von 56⁵ Kommunen, die für dieses Jahr Fehlbetragszuweisungen vom Innenministerium erhalten haben (2010: 58, 2009: 50),
- eine Zunahme der Kassenkredite auf rd. 775 Mio. € (Vorjahr rd. 655 Mio. €) und eine Zunahme der Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kredite und Kassenkredite um rd. 6 % auf 3.687 Mio. € (Vorjahr 3.470 Mio. €),
- eine Zunahme der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte auf 4.169 Mio. € (Vorjahr 3.715 Mio. €).

⁵ Vom Innenministerium können die Kommunen auf Antrag Fehlbetragszuweisungen erhalten, bei denen ein aufgelaufenes Defizit von mindestens 80.000 € als unabweisbar anerkannt wird, das von der Kommune in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft abgedeckt werden kann. Die Zahl der Kommunen, die ein aufgelaufenes Defizit gemeldet haben (2011: 320, 2010: 197, 2009: 120, 2008: 71), sind in Folge der Umstellung auf die Doppik -siehe Ziff. 1 a) und Buchst. C- weit überhöht; es handelt sich weitgehend nur um Plandaten.

Für Ende 2012 zeichnet sich folgende Finanzsituation ab:

- Anstieg der aufgelaufenen Defizite auf eine Größenordnung von 1.200 Mio. €,
- die Zahl der Kommunen, die für dieses Jahr Fehlbetragszuweisungen vom Innenministerium erhalten haben, beträgt 68 (2011: 56, 2010: 58),
- Zunahme der Kassenkredite auf 916 Mio. € und eine Zunahme der Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte durch Kredite und Kassenkredite um rd. 5% auf 3.855 Mio.€ (Vorjahr 3.687 Mio.€),
- eine Zunahme der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte auf 4.347 Mio. € (Vorjahr 4.169 Mio. €).

Durch die Kurzfristigkeit der Kassenkredite sind die kommunalen Haushalte mit einem erheblichen Zinsänderungsrisiko belastet. Einige Kommunen haben von der Möglichkeit, Kredite zur Ablösung von Kassenkrediten in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 aufzunehmen (siehe Seite 4), Gebrauch gemacht.

Die aufgelaufenen Defizite 2011 entfallen schwerpunktmäßig mit rd. 705 Mio. € auf die kreisfreien Städte, wobei es sich zum Teil noch um Planzahlen handelt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wirkt sich erst auf die Kreishaushalte des Jahres 2011 voll aus.

Im Vergleich der Realsteuerhebesätze 2012 der Kommunen mit denen der Kommunen aller Flächenländer wird deutlich, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein in diesem Bereich noch über denkbare Einnahmepotentiale verfügen. Die Abweichungen sind bei den kreisangehörigen Gemeinden größer als bei den kreisfreien Städten. Gesehen werden muss, dass Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten, die die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen beantragen, ihre Hebesätze 2013 und 2014 auf mindestens 360 % bei der Grundsteuer A, 380 % bei der Grundsteuer B und 360 % bei der Gewerbesteuer festsetzen müssen.

Der Bedarfsfonds ist von 18 Mio. € auf 36 Mio. € im Jahr 2009 und auf 50 Mio. € ab 2010 aufgestockt worden, um die Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten wirksamer durch die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen zu unterstützen. Ab dem Jahr 2012 ist die Unterstützung der Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten neu strukturiert worden. Es werden für diese Kommunen in den Jahren 2012 – 2018 jährlich 95 Mio. € bereitgestellt (60 Mio. € für Konsolidierungshilfe, 30 Mio. € für Fehlbetragszuweisungen und 5 Mio. € für Sonderbedarfshilfe).

Für 2012 beträgt der Einnahmewachstum aus Finanzausgleich und Steuern rd. 100 Mio. €. 2013 sollen die Einnahmen aus Finanzausgleich und Steuern um rd. 250 Mio. €, im Jahr 2014 um rd. 285 Mio. €, im Jahr 2015 um rd. 180 Mio. €, im Jahr 2016 um rd. 100 Mio. €, im Jahr 2017 um rd. 160 Mio. € und im Jahr 2018 um rd. 175 Mio. € jeweils gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Die vorstehenden Zahlen berücksichtigen nicht die ab 2015 vom Bund geplante Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.

Steigerungen der Ausgaben bzw. Aufwendungen in verschiedenen Aufgabenbereichen (u. a. Sozialausgaben, Jugendhilfe, Ausbau der Kinderbetreuung, Unterhaltung der Infrastruktur) und allgemeine Kostensteigerungen (u. a. Personal- und Energiekosten) belasten die kommunalen Haushalte.

Seit 2012 zeichnet sich eine zunächst leichte Entspannung der Finanzlage der Kommunen ab aufgrund

- der Zuwächse bei den Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (Anlage 1),
- der schrittweisen Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund (vollständig ab 2014, siehe S. 2),
- der bereits ab 2010 einsetzenden Verstärkung der Anstrengungen der Kommunen zur Haushaltskonsolidierung,
- der Aufstockung der Mittel für Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten,
- der verstärkten Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige durch das Land ab 2013 (siehe S. 2).

Nicht übersehen werden darf, dass bis Ende 2011 Defizite in einer Größenordnung von 1.050 Mio. € aufgelaufen sind. Dieser Betrag dürfte im Jahr 2012 nach derzeitigem Kenntnisstand weiter auf eine Größenordnung von 1.200 Mio. € zugenommen haben.

Die Kommunen müssen daher ihre bereits eingeleiteten Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vorrangig durch eine Begrenzung des Anstiegs der Aufwendungen im Ergebnisplan bzw. Begrenzung des Anstiegs der Ausgaben im Verwaltungshaushalt mit Nachdruck fortsetzen. Ziel der Haushaltskonsolidierung muss es sein, neue Defizite im Ergebnisplan / Verwaltungshaushalt zu vermeiden, ggf. aufgelaufene Defizite abzubauen und eine Zunahme der Verschuldung insgesamt, d. h. unter Einbeziehung der ausgegliederten Aufgabenbereiche eng zu beschränken und nach Möglichkeit zu vermeiden.

E. Anlagenverzeichnis

- 1 Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern
- 2 Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Mio. €
- 3 Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
- 4 Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 5 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 6 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 7 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 8 Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalt
- 9 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände
- 10 Entwicklung der bereinigten Einnahmen und der bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 11 Entwicklung der Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 12 Realsteuervergleich
- 13 Entwicklung der Umlagesätze für die allgemeine / zusätzliche Kreisumlage
- 14 Steuersätze der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Ew. und Konsolidierungskommunen

Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)

Jahr	Verbund- quote*	Festgesetzte Finanzaus- gleichsmasse*	darin Abrechnung (einschl. Familienleistungsausgleich - FLA)		Veränd. Sp. 2 +/- Vorjahr	Gemeindeeinkommenst. 5	Familien- leistungsausgl. 6	Summe Sp. 5 + 6 7	Veränd. Sp. 7 +/- Vorjahr	Gemeindeeinkommenst. Umsatzsteuer 9	Veränd. Sp. 9 +/- Vorjahr
			Gesamt	normal*							
2011	17,74	1.037,5	(-14,5)	0	-129,6	939,5	114,0	1.053,5	+129,8	95,9	+5,1
2012	17,74	1.140,5	0	0	+103,0	942,0	92,0	1.034,0	-19,5	99,0	+3,1
2013	17,74	1.223,0	(-44,4)	(-70,1)	+82,5	1.006,8	94,9	1.101,7	+67,7	100,4	+1,4
2014	17,74	1.411,0	(+65,1)	(-94,3)	+188,0	1.061,0	104,7	1.165,7	+64,0	104,0	+3,6
2015	17,74	1.480,0	(+62,3)	(+58,8)	+69,0	1.126,0	103,9	1.229,9	+64,2	108,0	+4,0
2016	17,74	1.476,0	0	0	-4,0	1.186,0	107,0	1.293,0	+63,1	111,0	+3,0
2017	17,74	1.532,0	0	0	+56,0	1.246,0	110,1	1.356,1	+63,1	115,0	+4,0
2018	17,74	1.597,0	0	0	+65,0	1.309,0	113,3	1.422,3	+66,2	118,0	+3,0
Summe	Sp. 2 + 7 + 9	Veränd. Sp. 11 +/- Vorjahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer netto	Gemeindeeinkommenst. sonstige	Summe Sp. 13 - 16	Veränd. Sp. 17 +/- Vorjahr	Sp. 11 + 17 19	Veränd. Sp. 19 +/- Vorjahr	Sp. 9 + 19 20
2011	2.186,9	+5,3	20,3	363,9	847,5	56,7	1.288,4	+155,1	3.475,3	+160,4	+160,4
2012	2.273,5	+86,6	20,9	370,0	847,5	61,2	1.299,6	+11,2	3.573,1	+97,8	+97,8
2013	2.425,1	+151,6	21,1	378,1	928,9	68,3	1.398,4	+96,8	3.821,5	+248,4	+248,4
2014	2.680,7	+255,6	21,0	389,0	946,0	68,3	1.424,3	+27,9	4.105,0	+283,5	+283,5
2015	2.817,9	+137,2	21,0	396,0	994,0	68,3	1.469,3	+45,0	4.287,2	+182,2	+182,2
2016	2.880,0	+62,1	21,0	403,0	1.013,0	68,3	1.505,3	+36,0	4.385,3	+98,1	+98,1
2017	3.003,1	+123,1	21,0	410,0	1.041,0	68,3	1.540,3	+35,0	4.543,4	+158,1	+158,1
2018	3.137,3	+134,2	21,0	417,0	1.074,0	68,3	1.580,3	+40,0	4.717,6	+174,2	+174,2

1 : Nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsskizzen, ab 2014 Steuerschätzung vom Mai 2014

2 : 2001 bis 2013 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz (für das jeweilige Jahr), ab 2014 Steuerschätzung vom Mai 2015

3 : 2001 bis 2012 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik, 2013 Ergebnis nach Kassenstatistik, ab 2014 Steuerschätzung vom Mai 2015

4 : Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer, Vermögenssteuer, Jagdsteuer und sonst. Steuern (für 2014 ff. fortgeschrieben)

11 : 2011 Verringerung der Finanzausgleichsmasse um 0,15 Mio. € als kommunaler Anteil zur Finanzierung von X-Personenstand, ab 2011 Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um jährlich 10 Mio. € zur erhöhten Förderung von Kindertagesstätten

12 : Überproportionaler Anstieg aufgrund eines Einzelsteuerfalls im 2. Quartal 2011

13 : Familienleistungsausgleich 2011 einschließlich positiver Abrechnungsbeträge 2007 (9,7 Mio. €) und 2008 (14,6 Mio. €)

14 : Ab 2012 Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um jährlich 15,5 Mio. € (0,5 Mio. Euro Verlagerung der Frauenberatungsstellen in den Finanzausgleich/Vorwegabzug Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen) sowie 15 Mio. Euro Aufstockung aus Landesmitteln bis 2018 für Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation

15 : Ab 2013 Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um jährlich 0,553 Mio. Euro zur Erhöhung des Vorwegabzuges Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen

16 : Ab 2014 einschließlich Einbeziehung der Auswirkungen aufgrund einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer (1,5 %-Punkte, Anstieg der Finanzausgleichsmasse 2014 um rd. 14,3 Mio. €)

J : 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2009 (+ 61,9 Mio. €), Abrechnung KFA 2009 (- 72,1 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2007 (- 1,7 Mio. €) und 2008 (- 2,6 Mio. €)
K : Abrechnung KFA 2010 (- 123,1 Mio. €), Abrechnung KFA 2011 (+ 52,3 Mio. €) und 1. Abrechnungstranche Gältung KFA 2012 und KFA 2013 (+ 25,7 Mio. Euro)

L : 2. Abrechnungstranche Gältung KFA 2012 und KFA 2013 (+ 65,8 Mio. Euro)

M : 3. Abrechnungstranche Gältung KFA 2012 und KFA 2013 (+ 25,7 Mio. Euro) und darüber hinausgehende Abrechnung KFA 2013 (+ 86,6 Mio. €)

* : Die Angaben zur Verbundquote und zur festgesetzten Finanzausgleichsmasse ab dem Jahr 2015 erfolgen auf der Grundlage des geltenden Finanzausgleichsgesetzes.

Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)

Jahr	Verband- quote	Festgesetzte Finanzaus- gleichsmasse	darin Abrechnung (einschl.) Familienleistungsausgleich - FLA)		Veränd. Sp. 2 +/- Vorjahr	Gemeindeeinst. Einkommensst.	Familien- leistungsausgl.	Summe Sp. 5 + 6	Veränd. Sp. 7 +/- Vorjahr	Gemeindeeinst. Umsatzsteuer	Veränd. Sp. 9 +/- Vorjahr
			Gesamt	"normal"							
2001	19,78	1.062,3	(+21,5) A	(+8,7)	+46,2	757,3	65,9	823,2	-25,0	71,9	-1,0
2002	19,78	1.056,9	(+11,4) B	(+11,4)	-5,4	745,0	79,0	824,0	+0,8	71,5	-0,4
2003	19,78	963,5	(-52,9) C	(-24,9)	-93,4	707,1	73,5	780,6	-43,4	70,9	-0,6
2004	19,79	984,5	(-52,4) D	(-27,4)	+21,0	653,0	68,3	721,3	-59,3	71,1	+0,2
2005	19,79	1.085,7	(-69,6) E	(-25,0)	+101,2	653,1	74,2	727,3	+6,0	72,3	+1,2
2006	17,74	926,1	(-47,4) F	(+3,9)	-159,6	719,3	63,2	782,5	+55,2	75,9	+3,6
2007	17,74	971,9	(-12,8) G	(-47,8)	+45,8	802,7	76,0	878,7	+96,2	84,8	+8,9
2008	17,74	1.133,4	(+169,0) H	(+15,0)	+161,5	888,6	71,4	960,0	+81,3	87,6	+2,8
2009	17,74	1.187,9	(+55,1) I	(-0,4)	+54,5	844,8	87,9	932,7	-27,3	89,3	+1,7
2010	17,74	1.167,1	0	0	-20,8	832,5	91,2	923,7	-9,0	90,8	+1,5
2011	17,74	1.037,5	(-14,5) J	0	-129,6	939,5	114,0	1.053,5	+129,8	95,9	+5,1

Jahr	Summe Sp. 2 + 7 + 9 11	Veränd. Sp. 11 +/- Vorjahr 12	Grundsteuer		Gewerbesteuer netto 15	sonstige Gemeindest. 4 16	Summe Sp. 13 - 16 17	Veränd. Sp. 17 +/- Vorjahr 18	Gesamtsumme Sp. 11 + 17 19	Veränd. Sp. 19 +/- Vorjahr 20
			A 13	B 14						
2001	1.957,4	+20,2	17,5	270,2	480,3	40,8	808,8	-27,6	2.766,2	-7,4
2002	1.952,4	-5,0	19,3	276,8	457,1	41,9	795,1	-13,7	2.747,5	-18,7
2003	1.815,0	-137,4	17,9	282,2	508,0	42,4	850,5	+55,4	2.665,5	-82,0
2004	1.776,9	-38,1	18,5	290,7	570,2	41,8	921,2	+70,7	2.688,1	+32,6
2005	1.885,3	+108,4	18,6	297,9	684,7	36,6	1.037,8	+116,6	2.923,1	+225,0
2006	1.784,5	-100,8	19,0	305,9	842,5	38,4	1.205,8	+169,0	2.990,3	+67,2
2007	1.935,4	+150,9	19,0	314,1	801,7	40,8	1.175,6	-30,2	3.111,0	+120,7
2008	2.181,0	+245,6	19,3	318,4	844,0	44,5	1.226,2	+50,6	3.407,2	+296,2
2009	2.209,9	+28,9	19,6	327,9	690,4	47,5	1.085,4	-140,8	3.295,3	-111,9
2010	2.181,6	-28,3	19,9	340,6	720,3	52,5	1.133,3	+47,9	3.314,9	+19,6
2011	2.186,9	+5,3	20,3	363,9	847,5	56,7	1.288,4	+155,1	3.475,3	+160,4

- 1 : Nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsplan, ab 2014 Steuerschätzung vom Mai 2013
- 2 : 2001 bis 2012 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz (für das jeweilige Jahr), ab 2013 Steuerschätzung vom Mai 2013
- 3 : 2001 bis 2011 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik, 2012 Ergebnis nach Kassenstatistik, ab 2013 Steuerschätzung vom Mai 2013
- 4 : Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer, Vermögenssteuer, Jagdsteuer und sonst. Steuern (für 2013 ff. fortgeschrieben)

- 5 : Erhöhung des Verbundbeitrags unter Verlagerung eines Teils des Kostenausgleichs für die Funktionalreform
- 6 : Ab 2004 Aufstockung der Masse um 60 Mio. € wg. Verlagerung der Kindertagesstättenförderung in den Finanzausgleich (Vorwegabzug)
- 7 : Erhöhung des Verbundbeitrags im Zuge der Umsetzung der Revisionsklausel Jugendhilfe (0,11 %-Punkte) sowie Abberückung des Verbundbeitrags im Zuge der Herauslösung der Finanzierung der Zuständigkeit für die Hilfen an über 60-jährige in Einrichtungen aus dem KFA in den Epl. des MSOG (2,16 %-Punkte/109,7 Mio. €)
- 8 : Aufstockung der Masse um 5 Mio. € (davon 3,6 Mio. € aus KfM-Mitteln) zur Finanzierung der Verwaltungsstrukturreform
- 9 : Ab 2007 Kürzung der Masse um 120 Mio. €, Aufstockung der Masse aus KfM-Mitteln 2007 um 36 Mio. €, 2008 und 2009 um jew. 18 Mio. € und 2010 um 9 Mio. €
- 10 : Ab 2009 Kürzung der Masse um 0,767 Mio. Euro wg. Verlagerung der Zuweisung, an den Förderfonds HH/ S-H aus dem FAG in den Landeshaushalt, 2008 und 2010 Verringerung der Finanzausgleichsmasse um jeweils 1,57 Mio. € als kommunaler Anteil zur Finanzierung von E-Government-Maßnahmen; Aufstockung der Masse zur erhöhten Förderung des Bucherwesens (§ 25 c FAG) um 0,071 Mio. € 2008, um 0,142 Mio. € 2010 sowie um 0,213 Mio. € ab 2011
- 11 : 2011 Verringerung der Finanzausgleichsmasse um 0,15 Mio. € als kommunaler Anteil zur Finanzierung von X-Personenstand, ab 2011 Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um jährlich 10 Mio. € zur erhöhten Förderung von Kindertagesstätten
- 12 : Überproportionaler Anstieg aufgrund eines Einzeleinfalles im 2. Quartal 2011
- 13 : Familienleistungsausgleich 2011 einschließlich positiver Abrechnungsbeträge 2007 (9,7 Mio. €) und 2008 (14,8 Mio. €)

A : 2. und endgültige Abrechnungstranche KFA 1999 (+ 8,5 Mio. €), 1. Abrechnungstranche 2000 (+ 12,8 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 1998 (+ 0,1 Mio. €)

B : 2. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2000 (+ 11,8 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 1999 (- 0,4 Mio. €)

C : Abrechnung KFA 2001 (- 24,9 Mio. €), 1. Abrechnungstranche KFA 2002 (- 28,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2000 (+ 0,0 Mio. €)

D : 2. Abrechnungstranche KFA 2002 (- 28,0 Mio. €), 1. Abrechnungstranche KFA 2003 (- 25,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2001 (+ 0,6 Mio. €)

E : 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2002 (- 14,6 Mio. €), 2. Abrechnungstranche KFA 2003 (- 25,0 Mio. €) sowie 1. Abrechnungstranche KFA 2005 (- 30,0 Mio. €)

F : Abrechnung KFA 2004 (+ 3,2 Mio. €), 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2003 (- 22,6 Mio. €), 2. Abrechnungstranche KFA 2005 (- 30,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2002 (+ 1,3 Mio. €) und Abrechnung FLA 2003 (+ 0,8 Mio. €)

G : 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2005 (- 47,3 Mio. €), 1. Abrechnungstranche KFA 2006 (+ 35,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2004 (- 0,4 Mio. €)

H : 2. Abrechnungstranche KFA 2006 (+ 15,0 Mio. €), 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2005 (+ 30,3 Mio. €), Abrechnung KFA 2007 (+ 81,5 Mio. €) sowie 1. Abrechnungstranche KFA 2008 (+ 42,2 Mio. €)

I : 2. Abrechnungstranche KFA 2008 (+ 55,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2005 (+ 0,5 Mio. €) und Abrechnung FLA 2006 (- 0,4 Mio. €)

J : 3. und endgültige Abrechnungstranche KFA 2008 (+ 81,9 Mio. €), Abrechnung KFA 2009 (- 72,1 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2007 (- 1,7 Mio. €) und 2008 (- 2,6 Mio. €)

Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite ¹ in Mio. €

		2009		2010		2011		2012		2013		2014 Plan					
		Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen						
Dithmarschen*	D	1,6 I	-16,9	D	0,6 I	-16,3	D	-1,8 I	-18,1	D	-2,1 I	-20,2	D	-6,3 S	-26,5	D	-0,5
Herzogtum Lauenburg*	D	1,4 I	-16,7	D	-5,5 I	-22,2	D	-9,5 I	-31,7	D	-2,1 I	-33,8	D	-1,4 I	-35,2	D	-2,9
Nordfriesland	D	9,2 I	0,0	D	2,5 I	0,0	D	-6,4 I	-6,4	D	-6,8 S	-13,3	D	-3,6 S	-16,9	D	-1,4
Ostholstein*	D	6,0 I	-9,3	D	2,8 I	-6,5	D	-9,3 I	-15,8	D	-11,2 S	-27,0	D	-6,9 S	-33,9	D	4,4
Pinneberg*	D	1,5 I	-19,3	D	6,5 I	-12,8	D	-14,1 S	-28,8	D	-10,9 S	-37,7	D	-3,6 S	-41,3	D	2,8
Plön*	K	-8,8 I	-8,8	D	4,7 I	-4,0	D	-8,6 S	-12,7	D	-2,2 S	-14,9	D	-7,7 S	-22,5	D	3,1
Rendsburg-Eckernförde	D	4,7 I	0,0	D	-4,2 I	-4,2	D	-10,6 I	-14,7	D	-2,4 I	-17,1	D	-0,4 S	-17,5	D	4,0
Schleswig-Flensburg*	D	-0,2 S	-38,7	D	-4,9 S	-43,6	D	-9,3 S	-62,8	D	-7,2 S	-60,1	D	-3,5 S	-63,6	D	0,6
Segeberg	D	2,0 I	-2,4	D	-2,5 I	-5,0	D	-7,7 I	-12,7	D	-0,9 I	-13,6	D	7,9 I	-5,6	D	1,9
Steinburg	K	13,6 I	0,0	D	6,1 I	0,0	D	-3,3 I	-3,3	D	-9,0 I	-12,3	D	-2,8 I	-15,1	D	-9,1
Stormarn	D	12,1 I	0,0	D	16,0 I	0,0	D	5,4 I	0,0	D	11,6 I	0,0	D	7,7 I	0,0	D	4,5
Kreise			-112,0		22,0		-144,5		-75,2		-198,0		-43,3		-20,6		7,4
Flensburg*	K	-13,4 I	-29,5	K	-37,7 I	-45,7	K	-19,3 I	-57,0	K	-45,4 I	-64,7	K	-19,4 I	-64,7	K	-52,1
Kiel*	D	-37,7 I	-41,0	D	-19,8 I	-60,8	D	-50,8 I	-111,6	D	-84,9 I	-196,5	D	-61,4 S	-257,9	D	-75,1
Lübeck*	K	-148,0 I	-262,9	D	-113,0 S	-375,9	D	-90,8 S	-466,7	D	-79,2 S	-545,9	D	-83,4 S	-629,2	D	-71,2
Neumünster*	D	-19,2 I	-67,8	D	-14,7 I	-82,5	D	12,4 I	-70,1	D	-2,3 I	-72,4	D	-7,7 S	-80,1	D	-5,9
Kreisfreie Städte			-401,2		-544,9		-705,4		-904,0		-1.044,9		-1.164,9		-1.284,9		-1.404,9
Ahrensburg	D	-2,0 I	-2,0	D	-7,3 S	-9,3	D	-4,4 S	-13,7	D	0,4 S	-13,2	D	-4,4 S	-17,7	D	-1,2
Bad Oldesloe	D	7,6 I	0,0	D	5,3 S	0,0	D	-1,3 S	-1,3	D	-1,0 S	-2,3	D	-2,1 S	-4,4	D	-2,9
Bad Schwartau	K	1,1 I	0,0	D	1,6 I	0,0	D	2,1 I	0,0	D	-1,5 I	-1,5	D	-1,0 S	-2,5	D	-0,1
Eckernförde	K	0,6 I	0,0	K	0,6 I	0,0	K	3,6 I	0,0	D	-0,6 S	-0,6	D	1,2 S	0,0	D	0,9
Elmsborn	K	-1,5 I	-8,2	D	-1,5 I	-9,7	D	6,7 I	-2,9	D	-2,8 I	-5,7	D	-2,9 I	-8,6	D	0,1
Geesthacht	K	0,0 I	0,0	D	-9,3 S	-9,3	D	-6,5 S	-14,8	D	-6,2 S	-21,0	D	-4,4 S	-25,4	D	-6,6
Helde	K	0,0 I	0,0	D	-5,9 S	-5,9	D	-0,6 S	-6,5	D	-2,3 S	-8,8	D	-10,2 S	-19,0	D	-9,0
Husum	K	0,6 I	0,0	K	0,1 I	0,0	K	0,5 I	0,0	D	2,2 S	0,0	D	-0,7 S	-0,7	D	-1,2
Itzehoe	K	4,0 I	0,0	D	-5,1 S	-5,1	D	-2,8 S	-7,8	D	-3,7 S	-11,5	D	-0,4 S	-11,9	D	-3,8
Norderstedt	K	0,2 I	0,0	D	0,3 S	0,0	D	0,3 S	0,0	D	1,0 S	0,0	D	0,9 S	0,0	D	2,7
Pinneberg*	D	-8,2 S	-13,8	D	-9,5 S	-23,3	D	-7,3 S	-30,7	D	-9,6 S	-40,3	D	-4,3 S	-44,6	D	-3,6
Quickborn	D	0,6 I	-2,0	D	-0,2 I	-2,2	D	-2,3 I	-4,5	D	-1,0 I	-5,4	D	0,6 I	-4,6	D	-0,4
Reinbek	K	0,3 I	0,0	D	-4,8 S	-4,8	D	-0,7 S	-5,5	D	-1,0 S	-6,5	D	3,0 S	-3,5	D	0,1
Rendsburg	K	3,2 I	0,0	K	-1,1 I	-1,1	K	0,4 I	-1,0	K	1,5 I	0,0	K	0,2 I	0,0	K	-0,7
Schleswig	K	-2,5 I	-2,5	D	-6,7 S	-9,2	D	-5,7 S	-14,9	D	-2,9 S	-17,8	D	-4,3 S	-22,1	D	-4,1
Wedel	K	0,0 I	0,0	K	0,6 I	0,0	D	0,2 S	0,0	D	0,3 S	0,0	D	0,4 S	0,0	D	0,0
Kreisangeh. Städte über 20.000 EW			-28,6		79,9		-103,6		-127,9		-152,2		-176,9		-201,6		-226,3
Zwischensumme			-841,6		-759,3		-1.004,0		-1.044,0		-1.164,9		-1.284,9		-1.404,9		-1.404,9
Stadt Lauenburg/Elbe*	K	-7,2 I	-7,2	D	-2,3 S	-9,5	D	-1,6 S	-11,1	D	-3,3 S	-14,4	D	-2,2 S	-16,6	D	-1,6
Stadt Schwarzenbek*	D	-7,0 I	-9,8	D	-3,5 I	-13,2	D	0,7 I	-12,5	D	4,0 I	-8,5	D	2,2 I	-6,3	D	-2,4
Gemeinde Pellworm*	K	-9,3 I	-9,3	K	-8,1 I	-8,1	K	-9,7 I	-9,7	D	-3,6 S	-13,3	D	-3,2 S	-16,5	D	-3,9
Stadt Uetersen*	K	-9,0 I	-9,0	K	-9,4 I	-9,4	D	-1,9 I	-11,2	D	-0,1 S	-11,3	D	-1,6 S	-12,9	D	-1,3
Stadt Bad Segeberg*	D	-3,3 I	-9,0	D	-3,2 S	-12,1	D	-3,3 S	-15,5	D	-11,5 S	-27,0	D	-6,0 S	-33,0	D	-5,7
Konsolidierungsgem. unter 20.000 EW			34,2		62,3		49,0		14,6		10,1		10,1		10,1		15,0
Übrige Kreisangeh. Gemeinden, die beim IM Anträge auf FBZ gestellt haben			27,6		54,2		34,6		89,3		89,3		89,3		89,3		89,3
Übrige Kreisangeh. Gemeinden			11,6		13,7		25,1		75,6		75,6		75,6		75,6		75,6
Gesamt			-648,2		-589,6		-919,3		-919,3		-919,3		-919,3		-919,3		-919,3

S: Soll-Zahlen I: Ist-Zahlen
D: Doppelter Haushalt K: Kameraler Haushalt

* Konsolidierungskommune

^{1,7} Erläuterungen siehe nächste Seite

¹ Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. den Fehlbedarfen; Die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppelischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppelischen Ergebnisse in den Folgejahren.

² Für 2009 haben 35 Gemeinden Anträge gestellt, wobei bei 3 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung die Plandaten aufgenommen wurden. Bei 27 Gemeinden wurden Defizite von insgesamt 27,3 Mio. € anerkannt und darauf Fehlbetragszuweisungen gezahlt; 3 Gemeinden ohne Jahresrechnungen haben Abschlagszahlungen erhalten.
Für 2010 haben 41 Gemeinden Anträge gestellt, wobei bei 5 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung die Plandaten aufgenommen wurden. Bei 29 Gemeinden wurden Defizite von insgesamt 33,7 Mio. € anerkannt und darauf Fehlbetragszuweisungen gezahlt; 7 Gemeinden ohne Jahresrechnungen haben Abschlagszahlungen erhalten.
Für 2011 haben 37 Gemeinden Anträge gestellt, wobei bei 15 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung die Plandaten aufgenommen wurden. Bei 20 Gemeinden wurden Defizite von insgesamt 26,4 Mio. € anerkannt und darauf Fehlbetragszuweisungen gezahlt; 14 Gemeinden ohne Jahresrechnungen haben Abschlagszahlungen erhalten.
Für 2012 haben 51 Gemeinden Anträge gestellt, wobei bei 21 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung die Plandaten aufgenommen wurden. Bei 23 Gemeinden wurden Defizite von insgesamt 26,4 Mio. € anerkannt und darauf Fehlbetragszuweisungen gezahlt; 21 Gemeinden ohne Jahresrechnungen bzw. ohne vorliegende Prüfberichte haben Abschlagszahlungen erhalten.
Für 2013 haben 50 Gemeinden Anträge gestellt, wobei bei 34 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung die Plandaten aufgenommen wurden. Bei XX Gemeinden wurden Defizite von insgesamt XX Mio. € anerkannt und darauf Fehlbetragszuweisungen gezahlt; XX Gemeinden ohne Jahresrechnungen bzw. ohne vorliegende Prüfberichte haben Abschlagszahlungen erhalten.

³ Für 2009 wurden 63 Gemeinden gemeldet, wobei bei 15 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.
Für 2010 wurden 127 Gemeinden gemeldet, wobei bei 70 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.
Für 2011 wurden 251 Gemeinden gemeldet, wobei bei 181 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.
Für 2012 wurden 326 Gemeinden gemeldet, wobei bei 208 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.
Für 2013 wurden 349 Gemeinden gemeldet, wobei bei 206 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.

⁴ Der Kreis Plön hat bereits in 2009 das Defizit des Jahres 2008 in voller Höhe abgedeckt.

⁵ Die Stadt Flensburg hat bereits in 2010 einen Teil des Defizits 2009 in Höhe von 5.379 T€ abgedeckt.

⁶ Der Ausweis der Summen erfolgt nicht, da wegen der Vermischung von freien Finanzspielräumen (kameraler Haushaltswirtschaft) und Jahresergebnissen (doppelische Haushaltswirtschaft) eine Addition nicht zu sachgerechten Ergebnissen führt.

⁷ Der Ausweis der Summen erfolgt nicht, da noch nicht ausreichend Jahresabschlüsse vorliegen.

Anlage 2

Seite 3

Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite¹ in Mio. €

	2004		2005		2006		2007		2008	
	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen
Dithmarschen	-6,7	-6,7	-7,3	-14,0	-12,2	-19,5	K -7,6	I -19,8	D 1,3	I -18,5
Herzogtum Lauenburg	-7,6	-12,5	-7,7	-15,3	-11,0	-18,7	K -9,8	I -20,8	D 2,7	I -18,1
Nordfriesland	-8,0	-14,1	-18,2	-18,2	-16,8	-16,8	K -12,1	I -12,1	D 8,0	I -4,1
Ostholstein	-8,5	-11,8	-11,9	-20,4	-15,1	-27,0	K -26,2	I -26,2	K -15,3	I -15,3
Pinneberg	-15,8	-19,6	-2,0	-17,8	-29,1	-31,1	D -2,9	I -34,0	D 13,2	I -20,8
Plön	-5,5	-9,2	-5,3	-10,8	-7,8 ⁴	-13,1	K -6,6	I -14,4	K -7,9	I -14,1 ⁴
Rendsburg-Eckernförde	-3,9	-3,9	0	-3,9	-3,4	-3,4	K 1,0	I -3,4	K 5,8	I 0
Schleswig-Flensburg	-15,8	-25,5	-19,4	-35,2	-22,9	-42,3	K -21,0	I -43,9	K -38,4	I -38,4
Segeberg	-6,6	-9,8	-14,4	-21,0	-4,5	-18,9	K -9,6	I -14,2	D 9,7	I -4,5
Steinburg	1,6	0	0	0	0	0	K 6,7	I 0	K 7,0	I 0
Stormarn	-5,5	-8,3	-4,1	-9,6	0	-3,8	K 5,3	I 0	D 18,5	I 0
Kreise	-82,3	-121,4	-90,3	-166,2	-122,8	-194,6	-82,9	-188,7		-193,8
Flensburg	-24,8	-47,5	-22,7	-47,5	-27,3	-50,0	K -9,8	I -37,1	K -16,1	I -25,9
Kiel	-74,8	-95,5	0,8	-74,0	-12,0	-12,0	K -3,3	I -15,3	K 37,4	I -3,3
Lübeck	-82,8	-133,9	-104,8	-187,6	-118,8	-223,6	K -118,8	I -237,6	K -114,9	I -233,7
Neumünster	-13,2	-21,9	-16,0	-29,2	-25,1	-41,1	K -20,2	I -45,3	K -28,3	I -48,6
Kreisfreie Städte	-195,6	-295,8	-142,7	-330,3	-188,2	-326,7	-182,1	-336,3	-121,9	-311,4
Ahrensburg	2,4	0	3,8	0	7,2	0	K 4,0	I 0	K 10,8	I 0
Bad Oldesloe	1,0	0	0,5	0	1,5	0	K 5,9	I 0	K 1,1	I 0
Bad Schwartau	2,8	0	1,2	0	2,3	0	K 3,3	I 0	K 2,3	I 0
Eckernförde	1,2	0	2,6	0	2,1	0	K 2,6	I 0	K 3,4	I 0
Elmshorn	-3,0	-7,3	-2,9	-2,9	7,8	0	K 6,6	I 0	K -6,6	I -6,6
Geesthacht	0,0	0	9,3	0	1,1	0	K 11,9	I 0	K 0,0	I 0
Helde	-2,2	-2,2	-1,0	-3,2	0	-1,0	K -0,5	I -0,5	K 2,2	I 0
Husum	0,0	0	1,3	0	3,6	0	K 3,3	I 0	K 2,9	I 0
Itzehoe	0,0	0	3,1	0	3,7	0	K 6,6	I 0	K 5,2	I 0
Norderstedt	6,7	0	8,1	0	14,4	0	K 18,6	I 0	K 17,7	I 0
Pinneberg	-14,4	-14,4	-15,1	-15,1	-13,9	-13,9	K 4,1	I -13,9	K -5,6	I -5,6
Quickborn	2,5	0	3,0	0	6,5	0	K 7,8	I 0	D -2,6	I -2,6
Reinbek	2,3	0	6,8	0	0	0	K 0	I 0	K 0,1	I 0
Rendsburg	0,0	-0,5	2,1	0	0,2	0	K 0,6	I 0	K 3,1	I 0
Schleswig	0,0	0	1,2	0	1,0	0	K 3,9	I 0	K 0,4	I 0
Wedel	0,0	0	4,3	0	7,4	0	K 0,3	I 0	K 1,7	I 0
Kreisangeh. Städte über 20.000 EW	-0,6	-24,4	28,5	-21,2	43,0	-14,9	78,0	-14,4	38,0	-14,9
Zwischensumme	-278,5	-444,6	-204,5	-526,7	-291,1	-636,2	-168,3	-638,5		-460,2
Kreisangeh. Gemeinden, die beim IM Anträge auf FBZ gestellt haben		-32,2		-40,5		45,4		-43,0		-54,4³
Übrige kreisangehörige Gemeinden						19,4		-18,1		-10,6³
Gesamt		-476,8		-608,2		-601,0		-699,5		-525,1

I: Ist-Zahlen

K: Kameraler Haushalt

D: Doppischer Haushalt

¹ Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. den Fehlbedarfen.

² Von den 38 Gemeinden, die für 2004 Anträge gestellt hatten, wurden bei 32 Gemeinden Defizite von insgesamt 19,7 Mio. € anerkannt.
 Von den 38 Gemeinden, die für 2005 Anträge gestellt hatten, wurden bei 33 Gemeinden Defizite von insgesamt 25,0 Mio. € anerkannt.
 Von den 37 Gemeinden, die für 2006 Anträge gestellt hatten, wurden bei 29 Gemeinden Defizite von insgesamt 28,6 Mio. € anerkannt.
 Von den 26 Gemeinden, die für 2007 Anträge gestellt hatten, wurden bei 25 Gemeinden Defizite von insgesamt 29,9 Mio. € anerkannt.
 Von den 24 Gemeinden, die für 2008 Anträge gestellt hatten, wurden bei 23 Gemeinden Defizite von insgesamt 33,3 Mio. € anerkannt.

³ Für 2004 und 2005 liegen dem IM keine Zahlen vor.

Für 2006 wurden aufgrund einer Abfrage des IM von den Kreisen 73 Gemeinden mit aufgelaufenen Defiziten gemeldet.

Für 2007 wurden aufgrund einer Abfrage des IM von den Kreisen 52 Gemeinden mit aufgelaufenen Defiziten gemeldet.

Für 2008 wurden 32 Gemeinden gemeldet, wobei bei 2 Gemeinden die Jahresrechnungen nicht vorlagen und in die Gesamtberechnung Plandaten aufgenommen wurden.

⁴ Der Kreis Plön hat in 2006 die FBZ von 299.000 € nicht als Einnahme veranschlagt. In der Jahresrechnung wurden daher als Defizit 8.098.243,80 € ausgewiesen.
 Der Kreis Plön hat bereits in 2008 ein Teil des Defizits des Jahres 2007 in Höhe von 365 T€ abgedeckt.

Stand: 22. August 2014

Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme in Mio. €

	31.12.2009			31.12.2010			31.12.2011			31.12.2012			31.12.2013		
	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme
Dithmarschen*	331,5	36,7	11,1%	344,4	37,0	10,9%	324,4	32,8	10,1%	327,5	37,5	11,4%	239,1	34,1	14,2%
Herzogtum Lauenburg*	207,2	51,0	24,6%	218,8	45,6	20,8%	222,3	36,7	16,5%	233,8	35,5	15,2%			
Nordfriesland	225,8	0,0	0,0%	227,6	2,1	0,9%	235,0	-4,4	-1,9%						
Ostholstein*	213,2	-33,2	-15,6%	213,3	-30,0	-14,1%	216,2	-39,4	-18,2%						
Pinneberg*	234,8	-60,9	-26,0%	224,0	-54,4	-24,3%									
Plön*	156,6	-14,9	-9,5%	165,7	-12,6	-7,6%									
Rendsburg-Eckernförde	233,8	57,1	24,4%	231,5	53,0	22,9%	224,8	40,9	18,2%	224,3	38,5	17,2%			
Schleswig-Flensburg*															
Segeberg	156,7	15,8	10,0%	164,6	13,1	8,5%	161,4	5,4	3,3%	156,2	4,5	2,9%	159,5	12,4	7,8%
Steinburg	226,8	75,9	33,5%	245,6	84,8	34,5%	232,3	73,2	31,5%	221,5	64,1	28,9%	219,2	57,8	26,4%
Stormarn	163,2	15,0	9,2%	184,1	31,0	16,8%	179,1	36,4	20,3%	190,8	48,0	25,2%	198,7	55,7	28,3%
Kreise	2.149,6	142,3	6,6%	2.209,6	170,1	7,7%	1.795,3	181,7	10,1%	1.364,1	228,0	16,8%	814,4	160,0	19,6%
Flensburg*	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K
Kiel*	1.582,6	419,9	26,5%	1.628,2	405,9	24,9%	1.653,0	353,3	21,4%	1.667,0	263,8	15,8%			
Lübeck*	1.381,6	38,7	2,8%	1.388,6	-21,9	-1,6%									
Neumünster*	483,6	88,6	18,3%	492,1	73,9	15,0%	407,6	89,7	22,0%	605,4	91,8	15,1%			
Kreisfreie Städte	3.447,7	847,2	24,6%	3.608,8	457,8	12,7%	2.160,5	443,0	20,5%	2.172,4	355,5	16,4%	0,0	0,0	
Ahrensburg	183,0	105,5	57,7%												
Bad Oldesloe	164,9	98,7	59,9%	172,1	101,9	59,2%									
Bad Schwartau	88,2	69,3	78,6%	91,9	60,9	66,3%	93,7	62,8	67,0%	92,2	61,3	66,5%			
Eckernförde	K	K	K	K	K	K									
Elmshorn	231,9	71,0	30,6%	243,6	89,6	36,8%	260,9	76,3	29,3%	280,3	73,2	26,1%	292,1	70,3	24,1%
Geesthacht															
Heide															
Husum	K	K	K	K	K	K									
Itzehoe	192,1	97,4	50,7%												
Norderstedt															
Pinneberg*															
Quickborn	109,0	69,1	63,4%	129,2	70,7	54,7%	138,5	68,5	49,5%	165,4	66,1	40,0%	164,7	66,9	40,6%
Reinbek															
Rendsburg	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K
Schleswig	134,2	66,2	49,4%												
Wedel	K	K	K												
Kreisangeh. Städte über 20.000 Ew.	1.103,3	665,2	60,3%	636,9	303,1	47,6%	493,1	207,6	42,1%	537,9	200,6	37,3%	456,8	137,2	30,0%
Summe	6.700,5	1.254,7	18,7%	6.556,3	931,1	14,2%	4.438,9	832,4	18,8%	4.064,4	784,1	19,3%	1.271,3	297,2	23,4%
Stadt Lauenburg/Elbe*															
Stadt Schwarzenbek*	90,7	11,3	12,5%	91,1	7,8	8,6%	88,1	8,5	9,6%	85,7	12,5	14,6%	87,0	15,1	17,3%
Gemeinde Pellworm*	K	K	K	K	K	K									
Stadt Uetersen*	K	K	K	45,3	3,8	8,3%	48,5	2,6	5,7%						
Stadt Bad Segeberg*	76,2	24,7	32,4%												
Konsolidierungsgem. unter 20.000 Ew.	166,9	38,0	22,8%	136,4	11,6	8,5%	134,6	11,1	8,3%	85,7	12,5	14,6%	87,0	15,1	17,3%

* Konsolidierungsgemeinschaft

* Werte wurden der Eröffnungsbilanz des Folgejahres entnommen

K: Kameraler Haushalt

Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2013

	2004		2005		2006		2007		2008		2009	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	256	24	248	23	208	19	93	9	92	9	444	41
Bayern	291	23	223	18	411	33	205	16	210	17	199	16
Brandenburg	565	220	661	259	748	293	766	301	609	241	618	246
Hessen	2.129	350	2.662	437	3.208	528	3.128	515	3.204	528	3.747	618
Mecklenburg-Vorpommern	224	130	197	115	477	280	547	323	497	297	484	292
Niedersachsen	3.537	442	4.032	504	4.496	562	4.164	522	4.091	513	4.534	571
Nordrhein-Westfalen	8.461	488	10.531	583	12.518	694	13.744	762	14.606	813	17.240	963
Rheinland-Pfalz	2.324	573	2.756	679	3.020	745	3.265	811	3.694	915	4.628	1.152
Saarland	979	924	1.027	976	1.060	1.013	1.159	1.109	1.240	1.200	1.385	1.351
Sachsen	107	25	115	27	137	32	108	25	43	10	64	15
Sachsen-Anhalt	549	219	801	323	958	390	971	397	969	404	982	415
Schleswig-Holstein	436	154	550	194	521	184	496	175	447	158	519	183
Thüringen	78	33	82	35	102	44	109	47	99	43	99	44
Flächenländer	19.936	260	23.885	312	27.863	364	28.775	375	29.801	391	34.943	460

	2010		2011		2012 ¹		2013*		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	340	32	223	21	181	17	179	17				
Bayern	388	31	383	31	262	21	244	19				
Brandenburg	726	290	803	321	780	318	801	327				
Hessen	4.959	818	6.415	1.067	7.513	1.252	6.623	1.059				
Mecklenburg-Vorpommern	506	308	552	337	636	397	689	419				
Niedersachsen	5.047	636	4.981	629	4.585	589	3.803	488				
Nordrhein-Westfalen	20.202	1.131	22.141	1.241	23.708	1.351	25.302	1.442				
Rheinland-Pfalz	5.383	1.343	5.775	1.444	6.129	1.536	6.834	1.713				
Saarland	1.655	1.623	1.801	1.773	1.890	1.898	1.969	1.965				
Sachsen	53	13	52	13	94	23	100	25				
Sachsen-Anhalt	987	421	992	426	1.085	479	1.113	495				
Schleswig-Holstein	654	231	774	273	916	327	760	271				
Thüringen	164	73	146	65	168	77	210	97				
Flächenländer	41.064	541	45.038	594	47.947	642	48.606	650				

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres
¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.06.2014

Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2013

	2004		2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	7.328	684	7.353	685	7.208	671,11488	6.897	623	6.092	566	5.903	549
Bayern	15.621	1.257	15.565	1.250	15.420	1.236	14.819	1.186	13.843	1.106	13.802	1.104
Brandenburg	1.838	715	1.698	663	1.666	652,60523	1.661	652	1.632	645	1.555	618
Hessen	9.181	1.508	9.301	1.527	9.220	1.517	9.095	1.498	8.860	1.460	9.358	1.544
Mecklenburg-Vorpommern	2.391	1.365	2.334	1.362	2.243	1.319	2.233	1.317	2.139	1.279	2.051	1.238
Niedersachsen	8.169	1.021	7.981	997	7.838	980	7.670	961	7.407	930	7.601	957
Nordrhein-Westfalen	24.576	1.360	24.752	1.371	24.225	1.343	23.590	1.308	23.579	1.312	23.330	1.304
Rheinland-Pfalz	4.702	1.159	4.764	1.174	4.880	1.204	4.834	1.193	4.813	1.192	4.973	1.237
Saarland	903	853	902	857	972	928,4714	968	926	973	941	1.005	980
Sachsen	5.194	1.206	5.030	1.174	4.159	976	3.943	927	3.683	876	3.411	817
Sachsen-Anhalt	3.381	1.346	3.313	1.334	3.204	1.304	3.052	1.248	2.920	1.218	2.804	1.184
Schleswig-Holstein	2.787	986	2.814	995	2.822	996,53578	2.710	966	2.558	902	2.632	930
Thüringen	2.900	1.226	2.823	1.204	2.721	1.171	2.596	1.121	2.456	1.078	2.344	1.039
Flächenländer	88.970	1.160	88.632	1.156	86.580	1.131	83.889	1.094	80.955	1.061	80.769	1.063

	2010 ¹		2011		2012 ²		2013		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	6.327	589	6.483	603	6.406	608	6.185	584				
Bayern	14.057	1.123	13.738	1.095	13.394	1.074	12.722	1.014				
Brandenburg	1.496	597	1.425	570	1.332	544	1.262	516				
Hessen	10.276	1.695	10.631	1.762	11.308	1.884	11.526	1.913				
Mecklenburg-Vorpommern	1.999	1.214	1.889	1.153	1.818	1.134	1.762	1.103				
Niedersachsen	7.592	957	7.936	1.003	8.428	1.082	8.584	1.099				
Nordrhein-Westfalen	23.052	1.291	22.667	1.271	22.686	1.293	22.266	1.269				
Rheinland-Pfalz	5.157	1.287	5.398	1.350	5.514	1.382	5.645	1.415				
Saarland	1.066	1.045	1.084	1.067	1.166	1.171	1.212	1.222				
Sachsen	3.296	794	3.246	783	3.152	779	3.063	755				
Sachsen-Anhalt	2.663	1.136	2.450	1.062	2.258	986	2.042	908				
Schleswig-Holstein	2.816	995	2.913	1.027	2.939	1.048	3.154	1.123				
Thüringen	2.268	1.012	2.167	971	2.104	967	2.029	938				
Flächenländer	82.065	1.082	82.027	1.082	82.503	1.105	81.422	1.089				

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

¹ Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

² Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat

mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen

Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.08.2014

Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2013

	2004		2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	7.584	708	7.601	708	7.416	690,11488	6.790	632	6.184	575	6.347	591
Bayern	15.912	1.280	15.788	1.268	15.831	1.269	15.024	1.202	14.053	1.123	14.001	1.120
Brandenburg	2.403	935	2.339	921	2.414	945,60523	2.427	953	2.241	885	2.173	854
Hessen	11.310	1.858	11.963	1.964	12.428	2.045	12.223	2.013	12.064	1.988	13.105	2.163
Mecklenburg-Vorpommern	2.615	1.515	2.531	1.477	2.720	1.599	2.780	1.640	2.636	1.576	2.635	1.530
Niedersachsen	11.706	1.463	12.013	1.501	12.333	1.542	11.834	1.483	11.498	1.443	12.135	1.527
Nordrhein-Westfalen	33.037	1.828	35.283	1.954	36.743	2.037	37.334	2.070	38.185	2.125	40.570	2.267
Rheinland-Pfalz	7.026	1.732	7.520	1.853	7.900	1.949	8.119	2.004	8.507	2.106	9.601	2.389
Saarland	1.882	1.777	1.929	1.833	2.032	1.941	2.127	2.035	2.213	2.141	2.390	2.331
Sachsen	5.301	1.231	5.145	1.201	4.296	1.008	4.051	952	3.726	896	3.475	832
Sachsen-Anhalt	3.930	1.565	4.114	1.657	4.162	1.694	4.023	1.645	3.889	1.622	3.786	1.599
Schleswig-Holstein	3.223	1.140	3.384	1.189	3.343	1.181	3.206	1.131	3.005	1.060	3.151	1.113
Thüringen	2.978	1.259	2.905	1.239	2.823	1.215	2.705	1.168	2.555	1.122	2.443	1.082
Flächenländer	108.905	1.420	112.517	1.467	114.443	1.495	112.684	1.469	110.756	1.452	115.712	1.523

	2010 ¹		2011		2012 ²		2013		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	6.667	621	6.706	624	6.587	625	6.364	601				
Bayern	14.445	1.154	14.121	1.126	13.656	1.095	12.966	1.033				
Brandenburg	2.222	887	2.228	891	2.112	862	2.063	843				
Hessen	15.235	2.513	17.046	2.808	18.821	3.135	18.149	3.012				
Mecklenburg-Vorpommern	2.505	1.522	2.441	1.490	2.454	1.531	2.431	1.522				
Niedersachsen	12.639	1.593	12.917	1.632	13.011	1.671	12.367	1.588				
Nordrhein-Westfalen	43.254	2.422	44.808	2.512	46.394	2.645	47.588	2.711				
Rheinland-Pfalz	10.540	2.630	11.173	2.794	11.643	2.919	12.479	3.129				
Saarland	2.721	2.668	2.885	2.840	3.056	3.069	3.181	3.207				
Sachsen	3.349	807	3.298	796	3.246	802	3.153	780				
Sachsen-Anhalt	3.650	1.557	3.442	1.478	3.343	1.475	3.155	1.403				
Schleswig-Holstein	3.470	1.225	3.687	1.300	3.855	1.375	3.914	1.394				
Thüringen	2.432	1.085	2.313	1.036	2.272	1.045	2.239	1.035				
Flächenländer	123.129	1.623	127.055	1.676	130.450	1.747	130.029	1.738				

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.08.2014

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände einschl. Extrahaushalte der Flächenländer - 2010 bis 2013**

	2010		2011		2012 ¹		2013	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	7.580	705	7.647	711	7.615	722	7.383	697
Bayern	15.503	1.238	15.184	1.211	14.811	1.187	14.341	1.143
Brandenburg	2.360	941	2.364	946	2.260	922	2.222	908
Hessen	16.418	2.708	18.266	3.010	20.140	3.355	19.535	3.242
Mecklenburg-Vorpommern	2.535	1.540	2.469	1.506	2.479	1.547	2.456	1.538
Niedersachsen	13.805	1.740	14.027	1.772	13.495	1.734	12.876	1.653
Nordrhein-Westfalen	48.374	2.710	49.988	2.802	51.231	2.920	51.634	2.943
Rheinland-Pfalz	11.129	2.777	11.868	2.967	11.940	2.993	12.919	3.239
Saarland	2.802	2.748	2.965	2.918	3.185	3.199	3.304	3.331
Sachsen	3.728	898	3.480	840	4.890	1.209	4.890	1.210
Sachsen-Anhalt	3.738	1.594	3.539	1.520	3.417	1.508	3.237	1.439
Schleswig-Holstein	3.715	1.312	4.169	1.469	4.347	1.550	4.414	1.572
Thüringen	2.469	1.102	2.345	1.051	2.302	1.058	3.194	1.476
Flächenländer	134.156	1.768	138.311	1.824	142.112	1.903	142.405	1.904

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 1.5.1

Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ ab 2012 Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.08.2014

Nach Mitteilung der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände (VAK) beträgt der Barwert (berechnet nach der Teilwertmethode) der Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen:

2010		2011		2012 ¹		2013	
Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
2.049	724	2.120	747	2.138	763	2.198	783

**Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände
der Flächenländer einschl. Extrahaushalte - 2010 bis 2013**

	2010		2011		2012 ¹		2013 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden-Württemberg	21.966	2.043	23.330	2.163	25.604	2.423	26.371	2.488
Bayern	23.228	1.853	24.212	1.922	25.516	2.038	27.392	2.183
Brandenburg	4.637	1.852	5.340	2.140	5.724	2.337	6.055	2.474
Hessen	14.000	2.308	13.718	2.252	14.410	2.395	15.146	2.514
Mecklenburg-Vorpommern	2.132	1.298	2.588	1.583	3.313	2.070	4.099	2.567
Niedersachsen	11.425	1.443	11.006	1.391	11.374	1.462	11.702	1.502
Nordrhein-Westfalen	44.794	2.510	46.163	2.587	46.904	2.672	46.267	2.637
Rheinland-Pfalz	8.156	2.037	8.682	2.171	9.169	2.298	9.695	2.431
Saarland	2.096	2.060	2.060	2.033	2.137	2.149	2.157	2.175
Sachsen	10.290	2.480	10.649	2.574	14.075	3.475	15.642	3.870
Sachsen-Anhalt	5.457	2.337	5.242	2.266	4.960	2.195	5.135	2.283
Schleswig-Holstein	3.081	1.087	3.287	1.158	3.523	1.255	3.657	1.302
Thüringen	5.429	2.429	6.314	2.843	6.298	2.902	6.442	2.977
Flächenländer	156.691	2.066	162.591	2.143	173.006	2.314	179.760	2.403

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14

Reihe 5.1, Tabellenteil 8, Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern zum 31.12. des Jahres

¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 03.09.2014

Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 2001 bis 2013

Flächenland	31.12.2001 €/Ew.	31.12.2002 €/Ew.	31.12.2003 €/Ew.	31.12.2004 €/Ew.	31.12.2005 €/Ew.	31.12.2006 €/Ew.	31.12.2007 €/Ew.	31.12.2008 ¹ €/Ew.	31.12.2009 €/Ew.	31.12.2010 €/Ew.	31.12.2011 €/Ew.	31.12.2012 €/Ew. ²	31.12.2013 €/Ew.
Baden-Württemberg	352	361	1.564	352	460	613	888	448	356	477	560	591	600
Bayern	163	230	218	234	270	393	299	230	221	175	233	239	237
Brandenburg	288	274	276	273	271	263	246	215	208	219	210	211	199
Hessen	337	396	398	398	430	456	510	507	537	623	682	701	800
Meckl.-Vorpom.	501	478	475	1.170	367	375	305	295	276	238	248	266	278
Niedersachsen	214	231	224	231	229	240	244	214	226	220	258	264	301
Nordrhein-Westf.	420	371	467	437	465	464	436	419	417	427	430	429	430
Rheinland-Pfalz	301	320	321	329	317	347	345	369	404	414	382	374	329
Saarland	295	318	279	292	267	289	522	297	280	278	336	387	391
Sachsen	284	296	316	258	285	272	233	230	226	323	339	327	413
Sachsen-Anhalt	176	177	157	155	157	145	136	118	112	133	143	142	141
Schleswig-Holst.	253	252	247	150	132	122	116	217	189	156	159	151	172
Thüringen	142	141	143	127	123	90	89	85	71	96	113	106	103
zusammen	300	308	495	332	343	387	407	326	315	338	343	377	393

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

¹ Hinweis zur Entwicklung der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen

2008: Die Hansestadt Lübeck hat in den Jahren 2004 bis 2007 inoffiziell keine statistische Meldung zu ihren Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen abgegeben; 2008 hat die Hansestadt Lübeck einen Betrag in Höhe von 213 Mio. € gemeldet

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.08.2014

Entwicklung der bereinigten Einnahmen und der bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer* - 2004 bis 2013 (ab 2011 einschl. Extrahaushalte)

	2004				2005				2006				2007 ¹				2008 ¹			
	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €
Schleswig-Holstein	4.738	1.698	5.120	1.812	5.164	1.825	5.355	1.896	5.355	1.896	5.355	1.896	5.799	2.045	5.799	2.045	6.011	2.120	6.011	2.120
Baden-Württemberg	21.088	1.970	20.982	1.960	22.180	2.057	22.450	2.093	23.882	2.225	23.037	2.145	25.671	2.389	25.671	2.389	26.641	2.477	26.641	2.477
Bayern	23.423	1.895	23.334	1.878	24.078	1.933	23.479	1.885	25.505	2.044	24.089	1.931	27.913	2.233	27.913	2.233	28.316	2.282	28.316	2.282
Brandenburg	4.729	1.842	4.970	1.935	5.315	2.075	5.221	2.038	5.479	2.146	5.419	2.123	5.782	2.267	5.782	2.267	6.231	2.453	6.231	2.453
Hessen	12.242	2.011	13.212	2.170	13.057	2.145	13.426	2.204	13.598	2.238	13.286	2.186	15.157	2.497	15.157	2.497	15.542	2.581	15.542	2.581
Mecklenburg-Vorpommern	3.351	1.955	3.385	1.950	3.544	2.069	3.572	2.085	3.588	2.109	3.617	2.126	3.717	2.203	3.717	2.203	3.910	2.337	3.910	2.337
Niedersachsen	13.670	1.708	14.216	1.777	14.168	1.770	14.616	1.828	15.000	1.878	14.795	1.850	15.986	2.002	15.986	2.002	16.570	2.079	16.570	2.079
Northrhein-Westfalen	37.322	2.066	38.774	2.146	39.288	2.120	39.929	2.211	39.171	2.171	40.033	2.219	42.334	2.351	42.334	2.351	43.267	2.409	43.267	2.409
Rheinland-Pfalz	6.394	1.576	6.903	1.701	6.823	1.631	7.073	1.742	7.049	1.739	7.307	1.802	7.459	1.842	7.459	1.842	7.807	1.933	7.807	1.933
Saarland	1.507	1.423	1.639	1.548	1.618	1.538	1.642	1.561	1.774	1.694	1.897	1.812	1.719	1.853	1.719	1.853	1.808	1.749	1.808	1.749
Sachsen	7.942	1.944	7.617	1.759	8.070	1.884	7.772	1.814	8.903	2.089	7.895	1.853	8.290	1.958	8.290	1.958	9.026	2.145	9.026	2.145
Sachsen-Anhalt	4.648	1.851	4.961	1.984	4.834	1.866	4.727	1.903	4.884	1.983	4.708	1.916	4.895	2.015	4.895	2.015	4.624	1.904	4.624	1.904
Thüringen	4.183	1.763	4.040	1.708	4.309	1.838	4.064	1.753	4.443	1.913	4.265	1.838	4.501	2.000	4.501	2.000	4.761	2.050	4.761	2.050
Flächenländer gesamt	145.338	1.895	149.153	1.944	151.959	1.970	153.346	2.000	158.641	2.072	155.705	2.034	169.303	2.215	169.303	2.215	174.956	2.293	174.956	2.293

	2010				2011 ²				2012				2013				2014				2015			
	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €	ber. Einnahmen Mio €	ber. Ausgaben Mio €
Schleswig-Holstein	6.039	2.133	6.352	2.247	6.719	2.379	6.851	2.418	6.768	2.389	6.967	2.459	7.060	2.514	7.060	2.514	7.167	2.532	7.167	2.532				
Baden-Württemberg	25.967	2.416	26.555	2.490	29.320	2.726	27.519	2.559	30.427	2.823	28.311	2.632	31.450	2.971	31.450	2.971	31.157	2.942	31.157	2.942				
Bayern	29.953	2.393	30.284	2.420	31.864	2.541	31.370	2.501	32.177	2.566	31.043	2.475	34.376	2.739	34.376	2.739	33.115	2.639	33.115	2.639				
Brandenburg	5.881	2.345	5.869	2.388	6.164	2.456	6.279	2.511	6.479	2.591	6.444	2.577	6.728	2.749	6.728	2.749	6.593	2.694	6.593	2.694				
Hessen	14.256	2.351	15.305	2.788	15.596	2.570	16.135	2.989	16.924	2.709	18.841	3.105	17.555	2.914	17.555	2.914	18.653	3.097	18.653	3.097				
Mecklenburg-Vorpommern	3.835	2.329	3.796	2.305	3.960	2.416	3.954	2.412	3.756	2.293	4.063	2.487	4.007	2.511	4.007	2.511	3.999	2.506	3.999	2.506				
Niedersachsen	16.500	2.080	17.096	2.155	18.404	2.325	18.446	2.331	18.839	2.390	18.160	2.285	19.884	2.550	19.884	2.550	19.219	2.487	19.219	2.487				
Northrhein-Westfalen	43.227	2.422	45.809	2.555	48.786	2.735	51.037	2.961	50.953	2.857	51.126	2.866	52.204	2.975	52.204	2.975	52.289	2.980	52.289	2.980				
Rheinland-Pfalz	8.108	2.023	8.800	2.196	9.210	2.303	9.525	2.381	9.043	2.281	9.374	2.344	9.486	2.373	9.486	2.373	9.726	2.438	9.726	2.438				
Saarland	1.794	1.759	2.018	1.978	1.925	1.885	2.221	2.186	1.879	1.849	2.165	2.131	1.878	1.894	1.878	1.894	2.297	2.316	2.297	2.316				
Sachsen	9.284	2.235	9.073	2.184	9.419	2.273	9.231	2.228	9.838	2.375	9.879	2.385	10.515	2.601	10.515	2.601	10.181	2.519	10.181	2.519				
Sachsen-Anhalt	4.946	2.109	4.690	2.063	5.235	2.249	5.072	2.178	5.717	2.455	5.550	2.393	5.399	2.401	5.399	2.401	5.261	2.339	5.261	2.339				
Thüringen	4.680	2.088	4.699	2.097	5.017	2.249	4.881	2.188	4.920	2.205	4.894	2.189	5.090	2.352	5.090	2.352	5.018	2.319	5.018	2.319				
Flächenländer gesamt	174.470	2.300	182.186	2.401	191.639	2.528	184.521	2.566	197.732	2.716	196.837	2.697	205.788	2.859	205.788	2.859	204.715	2.844	204.715	2.844				

Quelle: Statistisches Bundesamt, "Finanzen und Steuern", Fachserie 14 / Reihe 2, Tabellenteil 2.1, Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts Stand: 20.05.2014

* Einwohnerzahlen zum 30.06.

¹ Hinweis zur Entschlüsselung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen:

Das statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat auf Grundlage der Erhebungsmethodik des Stat. Bundesamtes (Fachserie 14, Reihe 2) die Angaben für Schleswig-Holstein aktualisiert. Danach ergeben sich folgende Werte für die Jahre

	Bereinigte Einnahmen In Mio. Euro	Bereinigte Ausgaben In Mio. Euro	Finanzierungssaldo In Mio. Euro
2007	5.799	2.046	3.753
2008	6.045	2.132	3.913
2009	5.831	2.050	3.781
2011	6.414	2.262	4.152

² Ab dem Jahr 2011 werden Extrahaushalte mit erfasst. Zum Vergleich sind für das Jahr 2011 die Werte nach der bisherigen Statistik (nur Kernhaushalte) nachrichtlich aufgeführt.

Entwicklung der Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer* - 2005 bis 2013 (ab 2011 einschl. Extrahaushalte)

	2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2010		2011 ²		2012		2013	
	Finanzierungs-saldo**	Mio €	Finanzierungs-saldo**	€ / Ew.	Finanzierungs-saldo**	Mio €	Finanzierungs-saldo**	€ / Ew.	Finanzierungs-saldo**	Mio €	Finanzierungs-saldo**	€ / Ew.	Finanzierungs-saldo**	Mio €	Finanzierungs-saldo**	€ / Ew.	Finanzierungs-saldo**	Mio €
Schleswig-Holstein	-200	-71	9	3	15	5	-384	-135	-436	-154	-323	-114	-112	-40	-199	-70	-107	-38
Baden-Württemberg	-280	-26	855	80	2.228	207	1.763	164	-2.548	-237	-688	-64	1.801	167	-2.117	196	303	29
Bayern	600	48	1.407	113	2.353	188	1.811	145	-161	-13	-340	-27	495	39	1.134	90	1.261	100
Brandenburg	94	37	60	24	280	110	517	204	112	45	-108	-43	-115	-46	35	14	135	55
Hessen	-345	-57	335	55	1.269	209	1.100	181	-845	-139	-2.649	-437	-2.538	-418	-1.918	-314	-1.102	-183
Mecklenburg-Vorpommern	-28	-16	-29	-17	79	47	224	134	82	49	39	24	6	4	-334	-205	8	5
Niedersachsen	-448	-56	205	26	876	110	633	79	-861	-108	-596	-75	-42	-5	679	86	646	83
Nordrhein-Westfalen	-1.641	-91	-862	-48	695	39	640	36	-1.854	-104	-2.382	-133	-2.250	-126	-163	-9	-86	-5
Rheinland-Pfalz	-450	-111	-258	-64	-174	-43	-253	-63	-854	-212	-692	-173	-315	-79	-331	-83	-260	-65
Saarland	-24	-23	-123	-117	-55	-53	1	1	-189	-184	-224	-220	-297	-292	-286	-283	-319	-322
Sachsen	298	70	1.006	236	502	119	931	221	276	66	211	51	188	45	-41	-10	334	83
Sachsen-Anhalt	-93	-37	177	72	271	112	350	146	122	52	56	24	162	70	167	73	138	61
Thüringen	245	104	178	77	266	116	278	122	17	8	-20	-9	135	61	36	16	72	33
Flächenländer	-2.272	-30	2.960	39	8.605	113	7.611	100	-7.139	-94	-7.716	-102	-2.882	-38	896	12	1.053	15

Quelle: Statistisches Bundesamt, "Finanzen und Steuern", Fachserie 14 / Reihe 2, Tabellenteil 2.1, Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts Stand: 20.05.2014
Einwohnerzahlen zum 30.06.

** Abweichungen zur Differenz der Einnahmen zu den Ausgaben ergeben sich durch die Berücksichtigung haushaltstechnischer Verrechnung

¹ Hinweis zur Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen:

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat auf Grundlage der Erhebungsmethodik des Stat. Bundesamtes (Fachserie 14, Reihe 2) die Angaben für Schleswig-Holstein aktualisiert. Danach ergeben sich folgende Werte für die Jahre

	Bereinigte Einnahmen		Bereinigte Ausgaben		Finanzierungssaldo	
	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.	In Mio. Euro	In Euro/ Ew.
2007	5.799	2.045	5.844	1.991	155	55
2008	6.046	2.132	6.123	2.160	-79	-28
2009	5.831	2.060	6.310	2.229	-479	-169
2011	6.414	2.262	8.518	2.299	-104	-37

² Ab dem Jahr 2011 werden Extrahaushalte mit erfasst. Zum Vergleich sind für das Jahr 2011 die Werte nach der bisherigen Statistik (nur Kernhaushalte) nachrichtlich aufgeführt.

Realsteuervergleich 2012

Bundesland	Gewogene Durchschnittsbeträge									
	Grundsteuer A					Grundsteuer B				
	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gewerbesteuer Gemeinden zusammen
Schleswig-Holstein	297	395	296	359	490	328	358	418	345	
Baden-Württemberg	354	424	351	385	485	358	366	411	350	
Bayern	341	335	341	383	482	329	369	442	322	
Brandenburg	280	350	279	386	469	371	315	419	299	
Hessen	288	246	290	350	462	302	393	452	347	
Mecklenburg-Vorpommern	267	300	267	384	485	363	353	442	332	
Niedersachsen	360	331	361	402	436	397	388	397	385	
Nordrhein-Westfalen	238	233	239	471	521	434	442	465	425	
Rheinland-Pfalz	302	301	302	368	413	348	376	404	357	
Saarland	253	-	253	356	-	356	414	-	414	
Sachsen	305	323	304	480	623	409	416	454	395	
Sachsen-Anhalt	305	250	306	394	482	366	361	450	341	
Thüringen	279	303	278	394	444	377	378	430	359	
Berlin	150	150	-	810	810	-	410	410	-	
Bremen	248	248	-	572	572	-	433	433	-	
Hamburg	225	225	-	540	540	-	470	470	-	
Deutschland	311	294	312	425	531	370	393	440	363	
Flächenländer	312	302	312	406	493	370	389	440	363	
Westdeutsche Flächenländer	316	303	317	404	488	369	390	439	436	

Anlage 12

Quelle: Stat. Bundesamt
Fachserie 14, Reihe 10.1
Realsteuervergleich

Stand: 29.10.2013

Entwicklung der Umlagesätze für die allgemeine/zusätzliche Kreisumlage - 2004 bis 2014

	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich
Dithmarschen	31	31	130	35	35	110	36	36	110	36	36	110	37	37
Herzogtum Lauenburg	32	32	130	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4
Nordfriesland	32	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32
Ostholstein	29,5	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	35	29,5
Pinneberg	34	34	140	39,75	30	113	37,75	20	113	37,75	20	113	39	20
Plön	31	31	140	33	33	130	33	33	120	33	33	120	35	35
Rendsburg-Eckernförde	28	28	130	30	30	130	32	32	110	31	31	110	31	31
Schleswig-Flensburg	30	30	110	33	30	110	33	30	110	35	30	110	35	30
Segeberg ¹	31	31	130	31	31	130	36	31	130	36	31	130	36	31
Steinburg	29	29	130	33	29	130	33	29	110	33	33	110	33	33
Stormarn	34	22	110	36,5	22	110	36,5	22	110	37,25	24	110	36,75	26
Durchschnitt:	31,2			34,2			35,01			35,13			35,58	

¹ Die Haushaltssatzung 2006 des Kreises Segeberg ist hinsichtlich der Festsetzung des Schwellenwertes für die zusätzliche Kreisumlage auf 120 v. H. durch Urteil des OVG Schleswig-Holstein vom 12.12.2007 unwirksam geworden.

	2011		2012		2013		2014	
	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich	allg.	zusätzlich
Dithmarschen	37	37	110	37	37	110	37	37
Herzogtum Lauenburg	36,4	36,4	110	36,4	110	36,4	110	36,4
Nordfriesland	35,575	32	110	35,65	32	110	37	32
Ostholstein ²	35	29,5	110	35	29,5	110	36	29,5
Pinneberg	39	20	110	39	20	110	39	20
Plön	35	35	110	35	35	110	35	35
Rendsburg-Eckernförde	31	31	110	31	31	110	31	31
Schleswig-Flensburg	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	30
Segeberg ²	37,5	31	110	37,5	31	110	36,25	31
Steinburg	33	33	110	33	33	110	35	33
Stormarn	36,75	26	110	36,25	26	110	34,50	26
Durchschnitt:	35,91			35,86			35,99	

* Konsolidierungskommune

² Der Kreis Ostholstein hat 2014 seinen Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage um einen Prozentpunkt erhöht. Der Kreis Segeberg hat 2014 seinen Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage um 1,25 Prozentpunkte gesenkt. Der Kreis Stormarn hat 2014 seinen Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage um einen Prozentpunkt gesenkt.

Steuersätze 2014 der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Ew. und Konsolidierungskommunen

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Hundesteuer für den ersten Hund	Zweitwohnungssteuer	Vergnügungssteuer
Kreisfreie Städte						
Flensburg*	390%	480%	410%	132,00 €	12%	20%
Kiel	400%	500%	430%	126,00 €	12%	18%
Lübeck*	400%	500%	430%	126,00 €	12%	18%
Neumünster	375%	450%	390%	110,00 €	12%	12%
Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern						
Ahrensburg	350%	350%	350%	80,00 €	X	13% ¹
Bad Oldesloe	380%	380%	350%	100,00 €	X	18%
Bad Schwartau	310%	310%	330%	76,00 €	X	10%
Eckernförde	320%	320%	340%	70,00 €	12%	12%
Elmshorn	360%	380%	380%	90,00 €	X	12%
Geesthacht	360%	360%	375%	90,00 €	X	11%
Heide	360%	380%	360%	75,00 €	8%	9%
Husum	350%	370%	350%	66,00 €	X	9%
Itzehoe	360%	380%	360%	110,00 €	X	13%
Norderstedt	380%	410%	420%	50,00 €	X	11%
Pinneberg*	380%	400%	390%	120,00 €	12%	12%
Quickborn	340%	340%	320%	66,00 €	X	14%
Reinbek	370%	370%	370%	75,00 €	X	12%
Rendsburg	370%	390%	370%	100,00 €	X	12%
Schleswig	380%	400%	360%	110,00 €	14%	14%
Wiede	380%	380%	380%	120,00 €	12%	10%
Konsolidierungskommunen unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern						
Lauenburg/Elbe*	390%	390%	380%	110,00 €	12%	14%
Schwarzenbek*	390%	390%	395%	120,00 €	12%	12%
Pellworm*	370%	390%	370%	115,00 €	12,5%	X
Uetersen*	370%	390%	370%	110,00 €	12%	12%
Bad Segeberg*	360%	380%	360%	114,00 €	12%	12%

* Konsolidierungskommune

¹ der elektronisch gezahlten Nettokasse (ansonsten der elektronisch gezahlten Bruttokasse bzw. des Einspielergebnisses)